

Die REP

Analyse und politische Bewertung einer rechtsradikalen Partei

| | |
|---|-----------|
| I. Politischer Radikalismus als Herausforderung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und des Rechtsstaates | 2 |
| II. Politik und Strategie der REP | 5 |
| 1. Die REP stehen an der Schwelle zum Rechtsextremismus | 5 |
| 2. Die REP verharmlosen nationalsozialistische Verbrechen | 11 |
| 3. Die REP schüren Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß | 15 |
| 4. Die REP praktizieren Freund-Feind-Denken und gefährden dadurch den demokratischen Grundkonsens und den inneren Frieden | 19 |
| 5. Die REP sind nationalistisch, europafeindlich und wollen die Bundesrepublik Deutschland vom Westen abkoppeln | 24 |
| 6. Die REP versuchen, die Wähler durch billige Parolen über ihre Konzeptionslosigkeit zu täuschen | 27 |
| III. Die REP sind ein Sammelbecken für politische Sektierer und Querulanten | 28 |
| 1. REP-Chef Schönhuber — einer, der überall dabei war, aber nirgends dazugelernt hat | 29 |
| 2. Die REP sind die Partei der ständigen personellen und politischen Grabenkriege | 31 |
| 3. Kontrolle statt Vertrauen — Mandatsträger der REP benötigen ein polizeiliches Führungszeugnis | 34 |
| 4. REP in Berlin — Die unsauberen Methoden der „ehrlichen Deutschen“ | 35 |
| Quellenangaben | 40 |

I. Politischer Radikalismus als Herausforderung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und des Rechtsstaates

1. Die Stabilität und Funktionsfähigkeit jeder parlamentarisch-repräsentativen Demokratie mit Verhältniswahlrecht ist abhängig vom Parteiensystem, von der Kompromißfähigkeit der Parteien und der Arbeitsfähigkeit der Parlamente. Nicht zuletzt die Weimarer Republik hat gezeigt, daß ohne starke Parteien der politischen Mitte eine parlamentarisch-repräsentative Demokratie auf Dauer nicht lebensfähig ist. Je stärker radikale oder gar extremistische Parteien werden, desto schwächer wird die politische Mitte, um so schwieriger ist es, stabile parlamentarische Mehrheiten und handlungsfähige Koalitionsregierungen zu bilden.

Links- und rechtsradikale Parteien schaukeln sich gegenseitig hoch; sie verhindern mit ihren demagogischen Parolen sachliche Lösungen und hetzen die Menschen gegeneinander auf. Das Erstarken radikaler Parteien ist deshalb für jedes demokratische System ein Alarmzeichen.

Radikale Parteien sind Protestparteien, die durch demagogische Sprache, durch Schüren von Ängsten und Emotionen, durch einseitiges Dramatisieren und Aufheizen von wirklichen oder vermeintlichen Mißständen, durch Diffamierung führender Repräsentanten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die Idee und die Spielregeln der pluralistischen Gesellschaft, der Demokratie und des Rechtsstaats in Mißkredit bringen. Extremistische, verfassungsfeindliche Parteien dagegen verfolgen das erklärte Ziel, die Demokratie und den Rechtsstaat zu beseitigen.

2. Die Bundesrepublik Deutschland war in den 40 Jahren ihrer Geschichte nicht zuletzt deshalb eine stabile Demokratie, weil radikale und extremistische Parteien keinen wesentlichen politischen Einfluß gewinnen konnten. Die vorübergehenden Wahlerfolge der rechtsextremen NPD ab Ende der 60er Jahre, die Etablierung der linksradikalen Grünen als vierte Partei seit Anfang der 80er Jahre zeigen, daß die Verhinderung extremer oder radikaler Parteien keine Selbstverständlichkeit ist. Immer dann, wenn ein Teil der Wähler sich durch das bestehende Parteiensystem nicht vertreten oder sich durch gesellschaftliche und politische Veränderungen bedroht fühlt, wenn Wähler nur noch scheinbar unlösbare Probleme oder skandalöse Mißstände sehen, dann haben radikale Parteien Zulauf, weil sie Protest und Unzufriedenheit mobilisieren.

3. Die Grünen mobilisieren den Protest von links gegen die moderne Wissenschaft, Technik und Industrie, gegen die staatliche Ordnung, gegen die

für die Verteidigungsfähigkeit notwendigen modernen Waffensysteme. Wesentliche Elemente grüner Politik sind daher Wissenschafts-, Technik- und Industrie feindlichkeit, einseitige Abrüstung, linker Neutralismus, Infragestellung rechtsstaatlicher Normen und notwendiger Maßnahmen zum Schutz der inneren und äußeren Sicherheit.

Die Anfangserfolge rechtsradikaler und rechtsextremer Parteien bei den Wahlen in Berlin und Frankfurt sind darauf zurückzuführen, daß sie den Protest von rechts gegen den gesellschaftlichen Wandel, gegen die Modernität, Komplexität und Pluralität unserer heutigen Gesellschaft mobilisieren, die von ihnen als dekadent, ungerecht, anarchisch und als „überfremdet“ empfunden wird. Wesentliche Elemente der REP-Politik sind daher Nationalismus, rechter Neutralismus, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Vergötzung des Obrigkeitsstaates und Freund-Feind-Denken. Weitere Ursachen für die Entstehung der REP sind der Rückgang der traditionellen Wählerbindungen, die zunehmende Enttabuisierung rechtsradikaler Themen als Folge des Generationenwechsels, Parteienverdrossenheit sowie Unzufriedenheit mit einzelnen Entscheidungen der Koalition.

Radikale Protestparteien von rechts und links stimmen teilweise in ihren Inhalten, aber vor allem auch in ihren politischen Agitationsmethoden überein. Es ist daher nicht so überraschend, daß zum Beispiel auch bisherige Wähler der Grünen in Bayern in erheblichem Umfang dazu neigen, häufig eine rechtsradikale oder rechtsextreme Partei zu wählen (Umfrage des Forsa-Instituts; vgl. Stern, 18. 5. 1989). Umgekehrt gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß dieselben Leute, die in Frankfurt bei den Stadtratswahlen NPD gewählt haben, bei den gleichzeitigen Wahlen zum Parlament des Umlandverbandes häufig den Grünen ihre Stimme gaben: Die NPD trat zur Umlandverbandswahl nicht an; gleichzeitig erhöhten die Grünen ihre Stimmenzahl gegenüber der Stadtratswahl um mehr als ein Drittel von ca. 32.000 auf fast 44.000 (vgl. FAZ, 14. 3. 1989). Die bisherigen Wahlergebnisse und Umfragen zeigen im übrigen, daß die Rechtsradikalen nicht nur von ehemaligen Unionswählern, sondern auch von früheren SPD-Wählern Stimmen bekommen.

4. Aufgabe aller demokratischen Parteien ist es, das Aufkommen radikaler Parteien von rechts und links zu verhindern, indem sie einerseits kompromißlos bekämpft und andererseits ihre Ursachen beseitigt werden. In jedem Falle müssen die großen Parteien den Eindruck vermeiden, sie wollten radikale Parteien und ihre Themen hoffähig machen oder sie gar als künftige Koalitionspartner anerkennen; erst recht dürfen sie keine Regierungsbündnisse mit ihnen eingehen, denn erfolgreich bekämpfen können sie radikale Parteien nur, wenn sie sich von ihnen eindeutig und glaubwürdig abgrenzen.

Die CDU wird die Fehler der SPD gegenüber den linksradikalen Grünen nicht wiederholen und daher die REP mit derselben Entschiedenheit bekämpfen wie sie dies Ende der 60er Jahre erfolgreich mit der NPD getan hat. Die CDU lehnt eine Koalition mit den REP ebenso ab wie mit den Grünen.

Die Abgrenzung der SPD gegenüber den rechtsradikalen REP wäre glaubwürdiger, wenn sie auf jede Zusammenarbeit mit den linksradikalen Grünen verzichten würde, denn rot-grüne Bündnisse, wie in Berlin, treiben den REP Wähler in die Arme, weil sich Links- und Rechtsradikalismus gegenseitig hochschaukeln. Außerdem hat die Sozialhetze der SPD gegen die Gesundheitsreform der Bundesregierung auch zum Wahlerfolg der REP in Berlin beigetragen.

5. Die REP sind eine rechtsradikale Partei am Rande zum Extremismus. Sie grenzen sich aus taktischen Gründen gegenüber rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Parteien wie zum Beispiel der DVU und der NPD verbal und formal ab. In Wahrheit behandeln sie aber dieselben Themen, und die Übergänge zwischen den inhaltlichen Aussagen der REP und rechtsextremer Parteien sind fließend, wie in dieser Dokumentation belegt wird. Wichtige Führungspersonlichkeiten der REP waren früher Aktivisten rechtsextremer Parteien. REP und NPD benutzen auch eine ähnlich extreme Sprache, in der sie den politischen Gegner und die Repräsentanten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft beschimpfen und persönlich diffamieren.

Die REP reden zum Beispiel von „amerikanischen Verbrechern“, warnen vor dem „Zentralrat der Juden als fünfter Besatzungsmacht“, reden von der „moralisch verfaulten Bundesregierung“, bezeichnen die CDU als die „Partei der Lüge, der Scheinheiligkeit, der Volksverdummung“ und greifen die „Verlogenheit“ verschiedener SPD-Politiker wegen des Verschweigens ihrer Waffen-SS-Vergangenheit an. Die REP-Sprache könnte aus dem „Wörterbuch des Unmenschen“ stammen. Sie paßt zur REP-Strategie der totalen Vereinfachung, der Mobilisierung von niederen Instinkten, der demagogisch aufgeheizten Emotionen und des Freund-Feind-Denkens. Wie diese Dokumentation belegt, mobilisieren die REP nicht nur Ressentiments gegen den „Parteienstaat“ und seine führenden Repräsentanten, sondern auch gegen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, gegen die Kirchen und gegen die Medien.

6. Wesentliches Element der REP-Politik ist die Mobilisierung nationalistischer Gefühle und Parolen. Ein zentrales Thema ist dabei die Kritik an der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Die REP wollen die deutsche Geschichte „entkriminalisieren“, was in Wahrheit Relativierung und Verharmlosung der Naziverbrechen bedeutet. Gleichzeitig versuchen sich die REP als Sachwalter „nationaler Würde“ und des „deutschen Patriotismus“ darzustellen, indem sie gegen die EG polemisieren und den Austritt aus der NATO befürworten, um mit einem neutralistischen Konzept die deutsche Einheit wiederzuerlangen.

Dieser nationalistischen, ressentimentgeladenen Politik der REP entspricht das Schüren von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß, die sich auf die Agitation gegen Türken und Asylanten, aber indirekt auch gegen Aussiedler konzentriert. Die REP mobilisieren Ängste vor Kriminalität, Drogenhandel und Terrorismus, um dadurch das Vertrauen in den Rechtsstaat zu untergraben und rechtsstaatlich fragwürdige Methoden der Verbrechensbekämpfung begründen zu können.

7. Die Widersprüchlichkeit und Substanzlosigkeit der inhaltlichen Aussagen der REP wird nur noch übertroffen von ihrer Zerstrittenheit, der doppelten Moral ihrer führenden Leute, den ständigen Personalkämpfen und Grabenkriegen innerhalb der Partei, die sie seit ihrer Gründung beschäftigen. Bisher sind die REP in erster Linie eine Ansammlung politischer Sektierer und Querulanten, eine negative Auswahl von Leuten, die in anderen Parteien gescheitert sind. Dem Fehlen von politischen Sachkonzepten entspricht das Fehlen fachlich ausgewiesener Politiker für die zentralen Fragen deutscher Politik.

8. Die CDU wird in den kommenden Wochen und Monaten die Öffentlichkeit über die wahren Ziele der REP aufklären. Rechtsradikale Politik und christlich-demokratische Politik sind wie Feuer und Wasser. Die CDU wird die Bürger darauf hinweisen, welche negativen Folgen es für die Stabilität der Demokratie, das Ansehen unseres Landes und die Lösung konkreter politischer Probleme haben würde, wenn die REP zunehmend in den Parlamenten vertreten sein würden. Rechtsradikal wählen ist kein politisches Kavaliersdelikt, sondern hat schwerwiegende politische Folgen. Berlin und Frankfurt zeigen: Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert.

II. Politik und Strategie der REP

1. Die REP stehen an der Schwelle zum Rechtsextremismus

Gerhard Boeden, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sagt über die REP:

„Sie stehen am äußersten Rand des demokratischen Spektrums, sie sind also nicht mehr weit entfernt von der Schwelle zum Extremismus . . . Mit dem Markenzeichen einer nicht als extremistisch eingestuften Partei verkaufen sich manche Ideen besser als etwa mit dem Etikett NPD. Es liegt daher nahe, daß Rechtsextremisten versuchen werden, den Laden (d. h. die REP) sozusagen aufzumischen. Für die weitere Beurteilung der Republikaner kommt es deshalb darauf an, ob sie diese Leute willkommen heißen oder sich sauber von ihnen trennen können“ (vgl. BUNTE, 11. 5. 1989).

Die Bedenken des Verfassungsschutzpräsidenten gegenüber den REP sind vollkommen berechtigt, denn in der Tat bestehen vielfältige personelle Querverbindungen und politische Übereinstimmungen zwischen Rechtsradikalen und Rechtsextremisten.

Die REP grenzen Rechtsextremisten nur aus taktischen Gründen aus

Die REP sind sich der Tatsache bewußt, daß ihnen jede nachgewiesene Verbindung zu rechtsextremen Parteien oder Organisationen schaden würde. Deshalb sind sie ständig bemüht, sich nicht nur gegenüber dem Linksextremismus, sondern auch — zumindest verbal — gegenüber rechtsextremen Parteien wie NPD oder DVU abzugrenzen. Es fällt auf, daß die REP — insbesondere Schönhuber — bei solchen Abgrenzungsversuchen nahezu ausschließlich taktische Gründe geltend machen:

„Da gibt es Menschen, die stellen folgende Rechnung auf. Bayern: Republikaner 3 Prozent, NPD 0,5 Prozent. Macht zusammen 3,5 Prozent. Das ist geradezu ein makabre Rechnung. Wissen Sie, was dann passieren würde, wenn wir uns dahinein treiben ließen? Wir würden nämlich wieder bei dieser 0,5-Prozent-Marge landen, denn 90 Prozent der Parteimitglieder würden die Partei verlassen, wenn wir jemals auch nur einen Hauch an eine Einigung mit der NPD dächten“ (Schönhuber-Rede 3).

[Der Vorsitzende der rechtsextremistischen DVU] „Frey hat ausdrücklich aufgerufen, die Republikaner nicht zu wählen, weil sie zu weit links stünden. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir uns mit jenen einließen, die im Verfassungsschutz als Rechtsextreme eingestuft sind — ob zu Recht oder Unrecht. Warum soll ich mich ausgerechnet mit einer Gruppierung einlassen, die ideologisch und biologisch zum Aussterben verurteilt ist, die alten Zeiten nachtrauert“ (Schönhuber, Spiegel-Interview, 6. 2. 1989).

Die zweite der eben zitierten Aussagen Schönhubers ist verräterisch: Er wirft offen die Frage auf; ob die im jährlichen Verfassungsschutzbericht erwähnten rechtsextremistischen Organisationen dort „zu Recht oder Unrecht“ aufgeführt werden. Dabei weiß er, daß vom Bundesamt für Verfassungsschutz nur solche Parteien, Organisationen und Gruppierungen überwacht werden, die klar und eindeutig verfassungsfeindliche Ziele verfolgen.

Daß sich die REP aus überwiegend nur taktischen Gründen gegenüber Rechtsextremisten abgrenzen können, hat seinen Grund darin, daß die REP und die Rechtsextremisten bei ihrer politischen Agitation im wesentlichen auf dieselben Themen setzen und bezüglich dieser Themen nur geringfügige inhaltliche Unterschiede aufweisen. Übereinstimmungen bestehen dabei vor allem bei den europa- und ausländerfeindlichen sowie antiamerikanischen Positionen der Rechtsradikalen und Rechtsextremisten. Zudem dient die Verharmlosung des Nationalsozialismus als Bindeglied zwischen REP und Rechtsextremisten.

Eine von der Berliner NPD im diesjährigen Berliner Wahlkampf veröffentlichte Pressemitteilung belegt, daß die rechtsextremistische Partei zwischen sich und den REP kaum inhaltliche Unterschiede sieht:

„Der Berliner NPD-Landesvorstand hat heute nach ausführlicher Diskussion beschlossen, den Mitgliedern und Freunden der NPD die Unterstützung der ‚Republikaner‘ (Liste 9) zu den Wahlen zu empfehlen . . .

Die Berliner Wahlaussage der REP enthält weitgehende Anleihen aus der NPD-Programmatik; insbesondere in den Forderungen zur Ausländerpolitik sind kaum Unterschiede auszumachen.

Der Absicht von Senat und Alliierten, nationaldemokratische Zielsetzungen aus der öffentlichen Diskussion und dem Wahlkampf zu verbannen, ist somit erfolgreich entgegengewirkt worden.“

Der schleswig-holsteinische NPD-Landeschef Schäfer untermauerte diese Aussagen kurz nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin:

„Die Programmpunkte, die die Republikaner aufgenommen haben, die haben wir schon seit 20 Jahren“ (vgl. Kieler Nachrichten, 31. 1. 1989).

Die REP werden von Rechtsextremisten umworben

Aufgrund dieser von den Rechtsextremen bestätigten inhaltlichen Übereinstimmung ist es nicht verwunderlich, daß die rechtsextreme Szene bemüht ist, eine Einheit des von ihnen sogenannten „nationalen Lagers“ unter Einbeziehung der REP zustande zu bringen. Diesem Bemühen ist ein Einigungsprozeß von DVU und NPD vorausgegangen: Die beiden rechtsextremistischen Parteien werden mit Listenbündnissen bei der Europawahl als „DVU Liste D“ sowie bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr unter dem Namen der NPD antreten (vgl. Frankfurter Rundschau, 16. 9. 1988). Seit dem Wahlerfolg der REP in Berlin hat sich das „Liebeswerben“ der Rechtsextremisten um die rechtsradikalen REP offensichtlich verstärkt (vgl. Der Spiegel, 13. 2. 1989). Die REP scheinen zu einer Art „Hoffnungsträger“ für die Rechtsextremisten geworden zu sein. Die REP, insbesondere Schönhuber, lehnen die von NPD und DVU angestrebte „Einigung“ des rechtsradikalen und rechtsextremen Lagers zumindest verbal ab. Ein wichtiger Grund dafür scheint die persönliche Feindschaft zwischen Schönhuber und dem DVU-Vorsitzenden Frey zu sein: Für Schönhuber ist Frey ein „NS-Devotionalienhändler“ (Spiegel-Interview, 6. 2. 1989), sein Parteiorgan „Der Republikaner“ (Juli 1988) bezeichnet Frey als „Spekulant in Immobilien und Pseudopatriotismus“ und hält ihm die „ihm eigene Eitelkeit“ vor: „Skrupel hat der Mann in der Münchner Paosostraße (Sitz der DVU) noch nie gehabt. Schon früher war von ihm die NPD massiv angegriffen und beigeifert worden“. Daß das von Schönhuber herausgegebene Parteiorgan die NPD gegen vermeintliche Angriffe von seiten Freys in Schutz nimmt, ist Hinweis darauf, daß die persönlichen Antipathien

zwischen dem REP- und dem DVU-Chef für die „Einigung“ der Rechtsextremen und Rechtsradikalen hinderlicher sind als eventuelle inhaltliche Unterschiede.

Im Gegenzug wirft Frey dem heutigen REP-Vorsitzenden mit Bezug auf dessen politische Vergangenheit vor, in „extrem umerzieherischen Kreisen“ mitgewirkt zu haben und spricht ihm die Glaubwürdigkeit als Vertreter der nationalistischen Rechten ab:

„Wenn Schönhuber heute behauptet, er habe nationale Thesen ‚schon lange‘ vertreten, so sind in Wirklichkeit seine linken Thesen, die er noch während der 70er Jahre verfocht, in der ‚tz‘ nachzulesen, wo er Chefredakteur war, sowie in der ‚Abendzeitung‘ und im ‚Playboy‘, wo er als Journalist arbeitete“ (vgl. Deutsche Nationalzeitung, 26. 12. 1986).

Der von der persönlichen Feindschaft zwischen Frey und Schönhuber unbelasteten NPD scheint im rechtsradikal-rechtsextremistischen Einigungsprozeß eine Art Mittlerrolle zuzukommen. Bereits im Mai 1988 erklärte der NPD-Bundesvorsitzende Mußnug, daß das Bündnis NPD/DVU-Liste D mit den REP „in nicht allzu ferner Zukunft auf eine Schiene kommen“ werde. Zwar liege Schönhuber noch „quer“, doch hätten die Erfolge von NPD und DVU eine gewisse Sogwirkung. Bei den REP werde der Widerstand gegen Schönhubers Isolationskurs immer stärker. Die Wahlerfolge der Rechtsextremen (in Bremen 1987 und Baden-Württemberg 1988) müßten für die REP nach Meinung von Mußnug Ansporn genug sein, sich anzuschließen, „ob mit oder ohne Schönhuber“ (vgl. taz, 30. 11. 1988).

Verbindungen der REP zum Rechtsextremismus

Inzwischen beruft sich „Der Spiegel“ (13. 2. 1989) auf Aussagen des NPD-Vorsitzenden, wonach „untergeordnete Ränge in Kontakt“ seien, und auf „NPD-Funktionäre“, denen zufolge es in einigen Landesverbänden eine heimliche Zusammenarbeit zwischen REP und NPD bzw. DVU gäbe. Anfang des Jahres erklärte Mußnug zum Beispiel:

„Ich habe im letzten Jahr mit Professor Schlee (dem REP-Vorsitzenden in Schleswig-Holstein und Inhaber des sechsten Platzes auf der REP-Europawahlliste) einen ganzen Abend zusammengesessen; das ist kein Geheimnis. Wir waren bei einer Podiumsveranstaltung, auf der wir auch diese Frage (einer Zusammenarbeit zwischen DVU/NPD und REP) diskutiert hatten; und er sagt auch: Wir müssen zu einer Zusammenarbeit kommen. Bei ihm besteht also die Bereitschaft, das weiß ich“ (vgl. „Europa vorn“, Nr. 1/1989; zitiert nach Hirsch/Metz: Die Republikaner — Die falschen Patrioten, 1989, S. 19).

Der schleswig-holsteinische NPD-Vorsitzende Schäfer bestätigt:

„Wir haben zu den Republikanern sehr gute Kontakte“ (vgl. Kieler Nachrichten, 31. 1. 1989).

Noch 1988 hatte Schönhuber die Abgrenzungsstrategie der REP gegenüber den Rechtsextremisten bekräftigt und festgestellt:

„Wir haben vor kurzem eine Äquidistanz hergestellt . . . Dieser Vorstand hat beschlossen: Ein Eintrittsverbot für Funktionsträger der NPD genauso wie der DKP oder KPD“ (Schönhuber-Rede 3).

Offensichtlich sind die REP aber nicht bereit, aus diesem Beschluß rückwirkend Konsequenzen zu ziehen, und diejenigen, die sich früher offen zum Rechtsextremismus bekannt haben, aus der Partei zu entfernen. Beispiele gibt es genug:

- Harald Neubauer, Platz 3 auf der Europawahlliste der REP und bayerischer Landesvorsitzender: Neubauer ist zweimal in die NPD ein- und wieder ausgetreten, und er war zehn Jahre lang Redakteur der rechtsextremistischen Blätter des DVU-Vorsitzenden Frey;
- Rudolf Kendzia, MdA und Parlamentarischer Geschäftsführer der Berliner REP-Fraktion: Kendzia war bereits in den 50er Jahren Mitglied rechtsextremistischer Parteien und von 1967 bis 1969 NPD-Landesvorsitzender in Berlin;
- Frank Meyer, Platz 9 auf der Europawahlliste der REP und REP-Vorsitzender im niedersächsischen Landkreis Stade: Er war stellvertretender Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“;
- Dieter Lieberwirth, Platz 14 auf der Europawahlliste der REP und Sprecher der Partei in Baden-Württemberg: Auch Lieberwirth ist ehemaliger NPD-Anhänger.
- Die rechtsextreme „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ (KLA) hat nach ihrer Selbstauflösung nahezu geschlossen den Übergang zu den REP vollzogen: Ihr ehemaliger Pressesprecher hat die Werbebroschüre „Wer sind die Republikaner?“ im Auftrag der Partei verfaßt. Heiko Oetker, der vor seiner KLA-Mitgliedschaft als Gauleiter im Gau Nord der rechtsextremen „Wiking-Jugend“ aktiv war, findet sich zusammen mit dem ehemaligen KLA-Mitglied Klaus Meier auf der Kandidatenliste der REP für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Mai 1988. Auf Listenplatz 10 kandidierte Hans-Werner Leptiehn, Besitzer eines Cafés, das der rechtsextremen „Ludendorff-Bewegung“ als Treffpunkt diente.
- Im Berliner Stadtteil Neukölln traten Mitglieder der rechtsextremen „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ um den Neonazi Kühnen und der „Wiking-Jugend“ zu den REP über;
- auf der REP-Kandidatenliste für die Landtagswahlen in Bayern 1986 stand neben dem früheren NPD-Funktionär Uwe Meener auch Michael Hein, früheres Mitglied der inzwischen verbotenen rechtsextremen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“;

- bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 1989 rief der Berliner NPD-Landesvorstand zur Wahl der REP auf;
- NPD-Bundessprecher Vorsatz bestätigt die Vielzahl von ehemaligen NPD-Mitgliedern in den Reihen der REP. „Nahezu deckungsgleich“ seien doch die Programme. (Vgl. dazu Kapitel III. 2 und III. 4, Der Spiegel, 13. 2. 1989; „konkret“, 3. 3. 1989.)

„Wir fragen nicht ständig, woher einer kommt, sondern nur, wo er jetzt steht und wohin er will.“ Diese Äußerung des bayerischen REP-Vorsitzenden und Bundespressesprechers Harald Neubauer (vgl. „konkret“, 3. 3. 1989) zeigt, daß die REP gewillt sind, auch ehemaligen Mitgliedern rechtsextremistischer Organisationen eine politische Heimat zu bieten. Die von den REP verabschiedeten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber NPD usw. scheinen lediglich die Funktion zu haben, gegenüber der Öffentlichkeit die Abgrenzung zum Rechtsextremismus vortäuschen zu können.

Konsequent von Rechtsextremisten setzen sich die REP nur ab, wenn eigene Mitglieder eine offene Zusammenarbeit mit NPD und DVU anstreben: In Essen wollen REP-Mitglieder zusammen mit DVU und NPD bei der Kommunalwahl im Oktober als Listenbündnis antreten. Ob es dazu kommen wird, steht noch nicht fest, denn die REP haben gegen die Initiatoren ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet (vgl. Der Spiegel, 13. 2. 1989).

Internationale Zusammenarbeit

Das Parteiorgan „Der Republikaner“ (April 1989) berichtet über einen Meinungsaustausch des französischen Rechtsextremisten und Ausländerhassers Le Pen mit Schönhuber im März 1989: Die beiden hätten „neben vielen Gemeinsamkeiten auch unterschiedliche Auffassungen“ festgestellt. Schönhuber habe in dem Gespräch „seinen Respekt für den Widerstandskämpfer Le Pen während der deutschen Besatzungszeit zum Ausdruck“ gebracht. Für Le Pen seien die REP „die authentische und alleinig demokratisch legitimierte deutsche Rechte“. Die REP scheuen sich also nicht, ausgewiesene Rassisten und Ausländerfeinde in Anspruch zu nehmen, um ihren Führungsanspruch im rechtsradikalen Lager zu begründen. Der von Le Pen benutzte Wahlkampfeslogan „Les Français d'abord!“ (Die Franzosen zuerst!) wird von den REP mit der Parole „Deutschland zuerst!“ nachgeahmt (vgl. Rheinischer Merkur, 6. 5. 1988).

Die Beispiele in diesem Kapitel beweisen: Die REP grenzen sich zwar verbal von den Rechtsextremisten ab, biedern sich ihnen aber gleichzeitig auch an. Strategie der REP ist es, durch dauernde verbale Bekenntnisse zum Grundgesetz bürgerliche Wähler für sich zu gewinnen, gleichzeitig aber das rechtsextremistische Lager dadurch zu hofieren, daß sie dessen Themen aufgreifen und keine inhaltliche Distanz zu NPD und DVU erkennen lassen,

wenn man von rhetorischen Pflichtübungen einmal absieht. Deshalb ist die Distanzierung der REP gegenüber Rechtsextremisten nicht glaubwürdig. Die REP stehen an der Schwelle zum Rechtsextremismus.

2. Die REP verharmlosen nationalsozialistische Verbrechen

Offensichtlichster Bestandteil des Anbieterungskurses der REP gegenüber Rechtsextremisten ist die Relativierung und die daraus folgende Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen.

Die REP relativieren die Kriegsschuld Deutschlands

Dazu gehört das Bestreben der REP, die Schuld der Nationalsozialisten am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Frage zu stellen. In ihrem Programm von 1987 fordern die REP die „Offenlegung aller Archivunterlagen zur Klärung der ‚Alleinschuld‘-These“. Für REP-Chef Schönhuber steht jedoch ohnehin fest, daß Hitler am Ausbruch des 2. Weltkrieges allenfalls eine geringe Schuld trägt. Dies zeigt folgende Passage aus seinem Buch „Trotz allem Deutschland“ (München 1987, S. 63), wo er über Hitler schreibt:

„Wäre er historischen Erkenntnissen gegenüber aufgeschlossener gewesen, hätte er sich nicht schon sechs Jahre nach der Machtergreifung in einen Krieg treiben lassen.“

Jeder geschichtlich nur einigermaßen aufgeklärte Bürger weiß, daß Hitler und die Nationalsozialisten von Anfang an einen Krieg geplant hatten. Schönhubers Aussage, Hitler habe sich in den Zweiten Weltkrieg „hineintreiben lassen“, ist eine Geschichtsfälschung, die die Nazis entschuldigen soll.

Schönhuber bemüht sich sogar darum, für die von Hitler angeordneten Verbrechen Verständnis zu wecken, indem er dessen Psyche wie folgt durchleuchtet:

„Überall tritt Hitler in der Rolle einer weltgeschichtlich einmaligen Bestie in Menschengestalt auf. Aber auch wenn wir davon ausgingen, daß es so wäre, dann müßte die Frage erlaubt sein, wer möglicherweise dazu beigetragen hat, daß er so geworden ist. Diese Fragestellung muß gerade in unserer Zeit, wo man sehr skeptisch gegenüber Erblehren ist und Umwelteinflüssen größere Bedeutung zumißt, als berechtigt angesehen werden. Wäre es also nicht denkbar, daß die Geringschätzung und Demütigungen, die ihm gerade linke Literaten und auch bourgeoise Schriftsteller und Journalisten in der sogenannten Kampfzeit entgegengebracht haben, ihn tief verbitterten? Es muß ihn, der in sich bemerkenswerte geistige Kräfte nicht nur verspürte, sondern sie wohl auch hatte (man lese bei seriösen Hitler-Forschern nach), bis

ins Mark getroffen haben, wenn besagte Kreise ihn als Anstreicher, Malerpinsel, böhmischen Gefreiten, Kreuzschreiber und Blutschänder abqualifizierten. Wahrscheinlich hat sich dieser angespeicherte Haß nach der Machtübernahme in so grausamer und letztlich unmenschlicher Art entladen“ („Trotz allem Deutschland“, München 1987, S. 79).

Geradezu makaber ist die Art und Weise, in der Schönhuber versucht, dem von den Nationalsozialisten angezettelten Krieg positive Seiten abzugewinnen. In seinem Buch „Trotz allem Deutschland“ (München 1987, S. 48) schildert er folgendes:

„In Curaçao sagte mir einmal ein Neger, der in seinem Zimmer ein Hitlerbild hängen hatte: ‚Eure schlimme Vergangenheit war hierzulande unser Glück. Ohne einen Hitler, ohne einen Krieg hätten die Engländer nie jene Versprechungen den Indern und Negern machen müssen, die sie zwangen, wenn auch nur widerwillig, ihren Kolonien die Unabhängigkeit zu geben“.

Schönhubers Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus ist äußerst zwiespältig. Dies zeigt auch seine Abqualifizierung der Widerstandskämpfer gegen Hitler um Graf Stauffenberg:

„Liebe Freunde, warum haben wir den 17. Juni (als Parteitagstermin) gewählt? Weil — und ich sage es in aller Deutlichkeit —, weil uns der 17. Juni 1953 näher steht als der 20. Juli 1944!“ (Schönhuber-Rede 3).

Die REP verharmlosen die Verbrechen an den Juden

Von äußerstem Zynismus geprägt sind die Auslassungen des REP-Chefs über die von den Nazis begangenen Verbrechen an Juden. Schönhuber schreibt in „Trotz allem Deutschland“ (S. 143/144):

„Man muß auf das Unbekannte und Unerwartete vorbereitet sein. Doch diese Republik wappnet sich in besorgniserregender Einfalt gegen eine NS-Nachahmung, die ebensowenig zu erwarten ist wie eine Restauration des Wilhelmismus.

Dem Gegner leicht und sich selber schwer machen es jene Menschen, die es mit Patriotismus verwechseln, wenn sie auf jeden antideutschen Vorwurf wie die Pawlow'schen Hunde reagieren. Ihr Reflex gerät schnell in die Zonen makabrer Besserwisserei. Waren es sechs, vier, zwei Millionen oder gar „nur“ dreihunderttausend tote Juden? Wer hat wann und wo zuerst geschossen? Solche Fragen müssen von den Historikern sicherlich gestellt und nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet werden. Es dient nicht der geschichtlichen Wahrheit und damit der Völkerverständigung, wenn allein eine Partei das Maß der Erkenntnis bestimmt.“

Als ob nicht einwandfrei erwiesen wäre, daß die Nazis sechs Millionen Juden grausam ermordet haben!

Die historische und politische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland

geleistet haben, wird von Schönhuber und den Seinen immer wieder in Frage gestellt und abqualifiziert: In seinem Buch „Trotz allem Deutschland“ (München 1987) verwendet Schönhuber die Begriffe „sogenannte Vergangenheitsbewältigung“ (S. 41) und „verordnete Vergangenheitsbewältigung“ (S. 135).

Dazu paßt folgende Forderung aus dem „Programm“ der REP von 1987:

„Auch die von der Union geführte Regierung fixiert die deutsche Vergangenheit weiterhin auf zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Sie tut nichts, um mit der Entkriminalisierung deutscher Kultur, Geschichte und ihrer Menschen zu beginnen. Die Kriegspropaganda der Siegermächte ist in unsere Geschichtsbücher eingegangen, und ihre Übertreibungen und Fälschungen müssen von der Jugend weitgehend geglaubt werden . . .“

Das ist die Doppelzüngigkeit der REP: Sie fordern für kriminelle Schwerverbrecher härteste Strafen ohne Aussicht auf Gnade. Aber wenn es um nationalsozialistische Verbrechen geht, wird umgekehrt argumentiert, dann wird „Entkriminalisierung“ sprich: Nachsicht für die Täter gefordert. Für die Opfer der NS-Verbrechen und ihre Angehörigen findet sich bei den REP kein Mitleid, kein Wort des Mitgefühls. Statt dessen werden die Verbrechen der Nazis durch ständiges Verweisen auf tatsächliche oder vermeintliche Verbrechen anderer Völker und Regierungen relativiert:

„Wir wollen nicht, daß die deutsche Geschichte auf zwölf unselige Jahre verkürzt wird! Hier unten die vielen jungen Menschen . . . Diese jungen Menschen sind an Auschwitz genauso unschuldig wie die Töchter und Söhne jener amerikanischen Kriegsverbrecher, die Nagasaki und Hiroshima zu verantworten haben“ (Schönhuber-Rede I).

„Auch wenn sich der Begriff KZ ein für allemal mit Dachau und Buchenwald verbindet, so sind historisch gesehen die Konzentrationslager eine englische Erfindung, die sie im Burenkrieg ‚gemacht‘ haben. Nicht zu widerlegen ist auch, daß stalinistische Gulags nur modifizierte Formen von KZs der (sic) physischen und psychischen Vernichtung von Gegnern gewählt haben, aber wohl ebenso ‚erfolgreich‘ wie die NS-Täter waren“ (Schönhuber, „Trotz allem Deutschland“, München 1987, S. 50).

Das mangelnde Mitgefühl der REP bzw. Schönhubers für die Opfer der NS-Verbrechen schlägt sogar in einen unterschwelligen Antisemitismus um, der sich in subtilen, hintergründigen Angriffen auf Repräsentanten der Juden in der Bundesrepublik Deutschland äußert. Motto: Wenn es in der Bundesrepublik zum Antisemitismus kommen sollte, sind die Juden selber daran schuld. Ähnlich versuchen die REP auch, ihre Ausländerfeindlichkeit zu übertünchen (vgl. folgenden Abschnitt II. 3). Schönhuber ist dabei sichtlich bemüht, seine Auslassungen so zu formulieren, daß sie schwer angreifbar sind, gleichzeitig aber auf antisemitische Ressentiments von Rechtsextremisten und Rechtsradikalen abzielen. Beispiele:

„Es gibt in diesem Land einen unechten, aufgesetzten Philosemitismus. Den lehne ich ab. Das kann unter Umständen in Antisemitismus umschlagen“ (Schönhuber, zitiert nach TEMPO, April 1989).

„Ich habe etwas gegen die täglich praktizierte Demütigung unseres Volkes. Ich halte sie für nicht länger hinnehmbar. Ein Herr Galinski ist möglicherweise mitschuldig an einem erneuten Aufkommen des von uns so deutlich abgelehnten Antisemitismus“ (Schönhuber-Rede 2).

Über die Wiedergutmachungs-Millionen, die der seinerzeitige Vorsitzende des Zentralrates der Deutschen Juden Werner Nachmann veruntreute, sagte Schönhuber einmal, daß nicht länger „der Deckel über diese stinkende Brühe gehalten“ werden dürfe, da sonst bald der „Zentralrat der Juden als fünfte Besatzungsmacht“ gelte (vgl. Der Spiegel, 6. 6. 1988).

Verräterisch ist folgende Äußerung Schönhubers über Juden:

„Wer als Jude in diesem Land lebt, muß sich auch unseren Gesetzen unterwerfen!“ („Der Republikaner“, September 1986; zitiert nach Hirsch/Metz, „Die Republikaner — Die falschen Patrioten“, 1989, S. 18).

Als müßte nicht jeder, der in der Bundesrepublik lebt, sich an ihre Gesetze halten! Als ob nicht die überwiegende Mehrheit der in der Bundesrepublik lebenden Juden deutsche Staatsbürger seien! Schönhuber grenzt die jüdischen Mitbürger aus und stempelt sie als Fremde ab.

Auf einem Flugblatt der REP („Wer sind wir?“) steht zu lesen:

„Wir wollen nicht, daß Vergangenheitsbewältigung zur wirtschaftlichen Erpressung unseres Volkes mißbraucht wird.“

Es ist bezeichnend, daß die REP nicht erwähnen, wer ihrer Meinung nach diese „wirtschaftliche Erpressung“ ausübt, gemeint sind aber sicherlich die Juden. Mit konkreten Aussagen — nicht nur zu diesem Punkt — würden sie sich selbst entlarven.

Die „Auseinandersetzung“ der REP bzw. Schönhubers mit dem nationalsozialistischen Verbrecherregime findet nach folgendem Schema statt:

- Die Verbrechen der Nationalsozialisten werden durch andauernde Relativierung verharmlost;
 - die Schuld Hitlers und der Nationalsozialisten am Ausbruch des 2. Weltkrieges wird von Schönhuber schlicht und einfach in Abrede gestellt;
 - Mitgefühl für die Opfer der NS-Verbrechen äußert Schönhuber nicht; statt dessen bedient er sich indirekter Appelle an antisemitische Ressentiments.
- Konrad Adenauer hat die Verständigung und Freundschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel, zwischen Deutschen und Juden eingeleitet. Die REP sind bereit, diese Freundschaft zu schädigen und aufs Spiel zu setzen. Damit schaden sie dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik Deutschland.

3. Die REP schüren Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß

Für die REP sind ein zentraler Ansatzpunkt ihrer politischen Agitation die Themen Ausländer und Asylanten. Die Warnung vor „Überfremdung“ durch Ausländer ist ein typisches Versatzstück im Gedankengut aller rechtsradikalen und rechtsextremistischen Gruppen. Auch die REP benutzen jenen dumpfen Nationalismus und jene chauvinistische Überheblichkeit, die alles Fremde zur existenziellen Bedrohung für die eigene Lebensart und Denkweise erklärt.

Gleichwohl bemüht sich die Parteispitze der REP aus taktischen Gründen, eine allzu offen propagierte Ausländerfeindlichkeit zu vermeiden, um bürgerliche Wähler nicht zu verschrecken und den Anschein demokratischer Legitimität zu wahren. Aber die Art und Weise, wie der Themenbereich behandelt wird, läßt eindeutig das Ziel der REP erkennen, bei der Bevölkerung Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit bzw. -angst zu mobilisieren.

Die REP stempeln die Ausländer zu Sündenböcken

Für Empörung sorgte der Wahlspot der Berliner REP zur Wahl des Abgeordnetenhauses 1989. In dem Fernsehspot wurden u. a. türkische Kinder gezeigt, während im Hintergrund die Titelmusik aus dem Film „Spiel mir das Lied vom Tod“ erklang. Zu dieser gezielt provozierenden Geschmacklosigkeit meinte Schönhuber:

„Dieser Spot 'Spiel mit dem Tod' (sic) zeigte die Tragik einer Stadt mit Toten an der Mauer, mit einem hohen Anteil von Toten, die Fixer waren, mit der Bedrohung, der Kinder in dieser Stadt ausgesetzt sind. Das waren für mich Kinder, ich habe nicht gesehen, daß es türkische Kinder waren.“
(Spiegel-Interview, 6. 2. 1989)

Die Musik wurde zudem widerrechtlich verwendet. Der Komponist Morricone erklärte, der „perverse Mißbrauch meiner Musik“ habe ihn beleidigt (vgl. Der Tagesspiegel, 18. 2. 1989).

Mit dem Vorwurf, sie würden die deutsche Sozialgesetzgebung ausnutzen, machen Schönhuber und seine Mannen Stimmung gegen die Ausländer:

„Ich verstehe ja die Türken, warum sie hier gerne bleiben. Ich weiß, daß sie lieber arbeitslos in der Bundesrepublik sind als in der Türkei arbeiten zu gehen, denn die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik von den Türken ist weit erträglicher als die Arbeit dort unten in der Türkei“
(Schönhuber-Rede 2).

Bernhard Andres, Landesvorsitzender der REP in Berlin, weiß ergänzend anzufügen:

„Die Errungenschaften des sozialen Netzes dürfen nicht länger dazu benutzt werden, daß sich Gastarbeiter darin ausruhen. Sozialleistungsansprüche stehen nur der deutschen Bevölkerung zu.“ (Wahlkampfzeitung der REP, Berlin 1989)

Für die Ausländer, die bei uns leben und arbeiten, kennen die REP nur den Terminus „Gäste“:

„Wir sind Menschen, die der Auffassung sind, Gäste sollen hier gut behandelt werden, auch im Hause Bundesrepublik. Aber eines wollen wir nicht: daß die Gäste darüber zu bestimmen haben, wie die Hausherren zu leben haben.“ (Schönhuber-Rede 2)

Im Programm der REP (1987) liest sich das wie folgt:

„...“

- *Ausländer sind Gäste. Dieses schließt, wie in der Schweiz, unbefristete Arbeitsverträge und Konzessionsvergaben, Daueraufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus.*
- *Wahlrecht und Parteimitgliedschaft für Ausländer sind abzulehnen.*
- *Ausländer, welche gegen die Gesetze verstoßen, werden nach zeitlich befristetem Rechtsverfahren ohne Verzug ausgewiesen.*

Die Konsequenzen, die die REP aus dem „Gaststatus“ von Ausländern ziehen, sind klar: Als „Gäste“ sollen Ausländer kein Recht auf Zureise ihrer Ehegatten und Kinder haben — das ist familienfeindlich! Sie sollen keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, obwohl die Ausländer bei uns durch ihre Arbeit und ihre Steuern unseren Wohlstand mitschaffen und durch entsprechende Einzahlungen Anspruch auf Sozialleistungen haben: Das ist sozialer Betrug und Ausbeutung!

Schönhuber will eben so oder so verstanden werden: im Blick auf rechtsextreme Wähler als der starke Mann, der die Forderung „Ausländer raus!“ durchsetzt, und im Blick auf die rechten Wähler als guter Mensch, der die Rechte von Ausländern zu wahren weiß.

Ein weiteres Mittel, um Fremdenfeindlichkeit bei uns zu erzeugen, ist die pauschale Unterstellung, Ausländer seien „deutschfeindlich“. So heißt es im Parteiblatt „Der Republikaner“ (März 1989):

„Teile der türkischen Presse üben sich seit Jahren in Deutschenhaß. Den Lesern wird suggeriert, daß ihre Landsleute in der Bundesrepublik unter Diskriminierung und Verfolgung leiden — wie einst die Juden im Dritten Reich“.

Auch die in der deutschen Bevölkerung vorhandene Ablehnung des fundamentalistischen Islam nutzen die REP, um Angst und Aggressionen gegen eine vermeintliche Türken-Bedrohung zu mobilisieren. Schönhuber behauptet, in den „Koranschulen wird der permanente Haß gegen das abendländische Christentum gelehrt“. Und weiter:

„Diese Koranschule, dieser aggressive Islam hat dazu geführt, daß der Imman von Gelsenkirchen es wagte zu sagen: wir werden dafür sorgen, daß die grüne Fahne des Propheten weht von Zypern bis Oslo und daß in Deutschland nicht allein das Läuten katholischer und evangelischer Kirchen zu hören ist, sondern fünfmal am Tage der Muezzin die Moslems zum Gebet ruft. Da sagen wir: in diesem Land wird nur eine Fahne wehen, und das ist nicht die grüne Fahne des Propheten, sondern unsere nationale Fahne Schwarz-Rot-Gold und keine andere.“ (Schönhuber-Rede 2)

Wie bei allen rechtsradikalen, rechtsextremistischen und nationalistischen Gruppierungen spielt das Reizwort „Überfremdung“ eine zentrale Rolle. Schönhuber entwirft ein Horrorszenario drohender Gefahren durch den weiteren Zusammenschluß der Europäischen Gemeinschaft. Die EG

„führt zu einer immer stärker werdenden Überfremdung und zu einer Gefährdung unserer nationalen Identität . . .“ (Schönhuber-Rede 2).

In dem REP-Flugblatt „Gegen Asylmißbrauch kein Ausländerwahlrecht“ heißt es:

„Die Überfremdung unseres Landes birgt viele Gefahren:

Ausländerfeindlichkeit, Rassenkonflikte, steigende Kriminalität, noch mehr Arbeitslosigkeit, soziale und kulturelle Spannungen. Das muß verhindert werden!“

Für die Berliner REP heißt die Folgerung:

„Spürbare Verringerung des Ausländeranteils . . . Familienzusammenführung im Herkunftsland“ (Kurzfassung Wahlprogramm '89, Landesverband Berlin der REP).

An Deutlichkeit kaum zu überbieten ist die Aussage des seinerzeitigen REP-Bezirksvorstandsmitgliedes in Oberbayern, Kramer, der schon 1986 schrieb:

„Für die rd. 2.000 Ausländer in Herborn (für Sie mögen es ‚Mitbürger‘ sein, für uns niemals!) sind die Zeiten der Ruhe und des Friedens bald vorbei. Der Hessentag 1986 ist für uns alle Signal zum Angriff . . . Der 7. Juni 1986 wird zu einem Fanal für die Befreiung des deutschen Reiches und die Wiedererweckung des germanischen Blutes werden. Deutschland erwache!“ (vgl. SPD-Landesdienst NRW, März 1989).

Die REP machen mobil gegen Asylanten

Neben den ausländischen Mitbürgern sind für die REP insbesondere Asylbewerber Schuld an allem Übel:

„Und da meinen wir, einfach einen Damm hinhalten zu müssen, denn sonst werden wir in dieser Flut ertrinken. Eine Flut, die es verhindert, daß wir unseren anderen Aufgaben im kommunalen Bereich, im sozialen Bereich nachkommen.“ (Schönhuber-Rede 2)

Im Programm der REP (1987) heißt es:

„Asylbewerber können Asyl erhalten, wenn sie politisch Verfolgte sind. Die Grenzen der Aufnahmefähigkeit müssen festgelegt und eingehalten werden. Der Mißbrauch des Asylbegehrens führt zu sofortiger Ausweisung.“

Im Klartext: Kein Recht auf Anerkennung als Asylant, auch wenn eine Verfolgung aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen im Herkunftsland nachgewiesen ist; Einführung einer starren Quotenregelung. Die „Lösungskonzepte“ der REP für das Problem der Scheinasylanten sind inhuman und fremdenfeindlich. In den Wahlaussagen der REP zur Kreistagswahl '89 im Rheingau-Taunus-Kreis steht beispielsweise: Der Kreis habe sich nach Meinung der REP einzusetzen für

— „Stopp des Zuzugs und der Aufnahme weiterer Wirtschaftsasylanten durch Boykott,

— . . .

— Wegfall der ‚Duldung aus humanitären Gründen‘ für abgelehnte Asylbewerber . . .“

Ohne Rücksicht auf die jeweilige Situation in den Herkunftsländern sollen abgelehnte Asylbewerber also mit ihren Familien und Kindern in Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete abgeschoben werden!

Die REP sind zwiespältig gegenüber Aussiedlern

Inkonsequent zeigen sich die REP bei ihrer Einstellung zu den Aussiedlern. Die REP sind zwar dafür, daß den Aussiedlern ohne Bevorzugung gegenüber den Deutschen geholfen wird, andererseits heißt es unmißverständlich:

„Die mit Kopfgeldangeboten provozierte Vertreibung Hundertausender aus ihrer Heimat wird dann noch mit nicht zu überbietendem Zynismus vermarktet als humanitäre Notwendigkeit, die dem deutschen Volk auch in Zukunft Opfer abverlangen werde: Zunahme der Arbeitslosigkeit, Verschärfung der Wohnungsknappheit und Sozialhilfeleistungen in überhaupt noch nicht abzusehenden Größenordnungen.“ („Der Republikaner“, April 1989)

In Konsequenz treten die REP auch hier für eine Quotierung ein:

„Wir werden nur soviel Aussiedler aufnehmen, wie die Stadt (Berlin) verkraftet . . . Wir wollen keine Kleingärten dafür opfern, wir wollen keine Grünflächen opfern.“ (Bernhard Andres, REP-Landesvorsitzender in Berlin, vgl. Berliner Morgenpost, 31. 1. 1989)

Führt man sich alle diese Aussagen und Forderungen der REP vor Augen, ist es eine grenzenlose Unverfrorenheit, wenn Schönhuber erklärt:

„Wenn wir uns mit unseren Ideen nicht durchsetzen, dann wird es eines Tages in diesem Lande Ausländerhaß geben und niemand (wird es) dann mehr . . .“

geben, um diese Glut auszutreten. Man übernehme unsere Gesetze, man übernehme unsere Vorstellungen — sie sind geprägt von Humanität und sie sind geprägt von der Liebe zum Vaterland.“ (Schönhuber-Rede 2)

In Wahrheit sind diese „Ideen“ geprägt von Ressentiments und Feindschaft gegenüber Ausländern und von nationalistischem Chauvinismus.

4. Die REP praktizieren Freund-Feind-Denken und gefährden dadurch den demokratischen Grundkonsens und den inneren Frieden

Ein durchgängiges Merkmal von Politik und Taktik der REP ist ihr Versuch, durch die Diffamierung wesentlicher Repräsentanten von Staat und Gesellschaft das innenpolitische Klima anzuheizen. Sie bemühen sich, Ressentiments, Ängste und Aggressionen zu mobilisieren, anstatt sachorientierte Problemlösungen anzubieten.

Die REP schüren Ressentiments gegen die demokratischen Parteien und ihre Repräsentanten

Scharfe Angriffe richten die REP gegen die „Altparteien“ und ihre führenden Politiker. Die Parteiendemokratie wird in Mißkredit gebracht und von den REP verhöhnt. Durch billige Polemik versuchen die REP, die teilweise vorhandene Politik- und Parteienverdrossenheit für sich zu nutzen und sich unberechtigt als Anwalt des „kleinen Mannes“ aufzuspielen.

So heißt es in einer Wahlkampfanzeige der REP (Weser-Kurier, 2. 9. 1987):

„Immer mehr Bürger haben die Nase voll von Massenarbeitslosigkeit, rot-schwarzem Filz, randalierenden Politchaoten, rasant steigender Kriminalität, Asylmißbrauch, Steuerverschwendung, Ausverkauf deutscher Interessen. Hierfür tragen die Altparteien die politische Verantwortung“.

REP-Chef Schönhuber fällt das Urteil, daß die Bundesregierung „verlogen“ und „moralisch verfault“ sei. Für ihn wird „diese Bundesrepublik allmählich zu einem Absurdistan“ (Schönhuber-Rede 1).

Mit markigen Worten wird den „Altparteien“ totales Versagen, insbesondere auf dem Gebiet der inneren Sicherheit vorgeworfen:

„Wenn die Altparteien wollten...

...gäbe es keine jederzeit einsetzbare Chaoten-Armee, die nach Bedarf in jeder Stadt ganze Straßenzüge in Trümmer legen kann,

...könnten Unternehmen, Geschäfte und Kaufhäuser sicher sein vor Brandstiftung, Demolierungen und Plünderung der Betriebe,

...wären Mordanschläge auf patrouillierende Polizeibeamte weniger leicht durchzuführen und erfreute sich mancher Taxifahrer noch seiner Gesundheit,

...hätte die Polizei den anarcho-kriminellen Sektor im Griff und der Bürger würde keine Überlegungen in Richtung Selbstschutz anstellen. Aber die Altparteien wollen nicht!“ (REP-Flugblatt: „Die neue Kraft für Deutschland!“)

Zu den Standardthemen der REP gehört die Forderung nach Abschaffung der teilweisen Finanzierung von Parteien aus öffentlichen Mitteln:

„Jawohl! Die Parteienfinanzierung gehört abgeschafft“...

„Wenn die Parteienfinanzierung abgeschafft wird, dann möchte ich mal sehen, wo dann die Funktionäre und die pfründengeilen Typen bleiben — dann werden sie nämlich machen müssen, was sie sollen: Arbeiten ...“ (Schönhuber-Rede 1).

Die Attacken der REP gegen die Parteienfinanzierung sind aus ihrem Munde höchst unglaublich, weil die REP von öffentlichen Mitteln völlig abhängig sind. Mußte Schönhuber doch auf dem Parteitag im Juni 1988 mit Blick auf die von den REP eingestrichene Wahlkampfkostenerstattung für die bayerische Landtagswahl 1986 zugeben:

„Die Ehrlichkeit gebietet zu sagen, von dieser 1.250.000 DM leben wir noch heute“ (Schönhuber-Rede 3).

Bezogen auf die baden-württembergischen Landtagswahlen von 1988 und das dortige schwache Wahlergebnis der REP erklärt Schönhuber, für seine Partei sei es

„eine Tragik sondergleichen, daß wir mit ein paar hundert Stimmen die Wahlkampfkostenrückerstattung von 250.000 DM verfehlt haben“ (Schönhuber-Rede 3).

Sich selbst jedenfalls klopft Schönhuber auf die Schulter:

„Wissen Sie: Ich bin kein Berufspolitiker, will auch keiner werden — ich bin ein Politiker, der mit einem ordentlichen Beruf sein Geld verdient und nicht auf die Diäten angewiesen ist“ (Schönhuber-Rede 1).

Kein Wunder bei 7.000 DM Pension monatlich und einer öffentlich-rechtlichen Abfindung von 290.000 DM.

Die REP gefallen sich in der Rolle des armen Opfers, dem die übrigen Parteien und Politiker übel mitspielen:

„Politik ist ein hartes, ein undankbares, ein leider oft auch schmutziges Geschäft. Wer sich erdreistet, den Alleinherrschaftsanspruch der Altparteien herauszufordern, wird rasch merken, wie man in diesem Staat zum Freiwild werden kann, zum Freiwild für Heckenschützen, Rufmörder und skrupellose Pfründeverteidiger, zum Opfer für massenpsychologischen Trickbetrug und antidemokratische Manipulation. Wer in dieses Wespennest hineinsticht, braucht nicht nur die eiserne Hand, sondern auch den stoischen Gleichmut des Goetz von Berlichingen“ (H. Neubauer, REP-Landesvorsitzender Bayern, Bundesparteitag 17./18. Juni 1988).

Vor allem gegen Politiker der Union hetzen die REP und beleidigen diese als Mensch und Persönlichkeit. So heißt es über CDU-Generalsekretär Dr. Geißler:

„Aus seinem Mund tropft der Geißer des Hasses. Er ist ein Meister der Verleumdung. Er hätte bei Goebbels gelernt haben können. Der satanische Propagandaminister machte einst aus allen jenen, die sich gegen die Diktatur der NS-„Volkspartei“ wandten, Vaterlandsverräter und unanständige Menschen. Dieses Rezept verfolgte und verfolgt Geißler“ (Schönhuber in „Der Republikaner“, April 1989).

Schönhuber versteigt sich in seiner Hetze gegen Heiner Geißler sogar zur unverhohlenen Drohung mit Blutrache:

„Er hat aufgefordert, die Republikaner zu zerschlagen. Aber ich sage Ihnen: Sollte ein Mensch von uns einmal getötet werden aufgrund dieser Parole, so komme das Blut dieses Mannes über diesen Herrn Geißler, den unseligsten Mann der Republik“ (Schönhuber-Rede 4).

Einen Rundumschlag erlaubt sich der REP-Chef, wenn er in einem offenen Brief an die CDU wettet:

„Für uns ist die CDU . . . die Partei der Lüge, der Scheinheiligkeit, der Volksverdummung.“ (Schönhuber, offener Brief an die CDU, 9. 5. 1989)

Der Union als Volkspartei wirft Schönhuber „Feigheit“ vor, etwa gegenüber Chaoten:

„ . . . Wenn diese etablierten Parteien mit ihrer Feigheit — Frau Süßmuth und Herr Geißler und Herr Blüm an der Spitze — das weitertreiben, dann werden sie nämlich geschlagen werden von den Chaoten, und sie werden sich nicht einmal mehr wehren können . . . “ (Schönhuber-Rede 1).

Auch vor der Person des Bundespräsidenten macht Schönhuber nicht halt:

„ . . . Denn unser Präsident ist Herr von Weizsäcker nicht, so schön er auch in der Welt immer reden mag — wir wollen keinen Präsidenten, der mehr seinen Vater bewältigt als sein Vaterland!“ (Schönhuber-Rede 1).

Für Schönhuber ist „die Mitte ein Reservat für Menschen, die keinen Mut zur Entscheidung haben“ (vgl. dpa, 18. 8. 1988).

Und Bernhard Andres (Berliner Landesvorsitzender der REP) tönt:

„Wir sind nicht christlich, wir sind nicht sozial, wir sind nicht liberal“ (vgl. Frankfurter Rundschau, 20. 1. 1989).

Eine Partei, die bewährte Prinzipien christlich-demokratischer Politik verachtet, mit polemischer Fundamentalkritik die konkurrierenden Parteien pauschal diffamiert, ist ein entschiedener Gegner für die CDU.

Die REP drohen der Kirche mit Abschaffung der Kirchensteuer

Viele Positionen der Kirche und ihrer Vertreter, etwa in Ausländer- und Asylfragen, passen den REP nicht. Darum wird auch die Kirche von Schönhuber angegriffen:

„... Derzeit gibt es eine merkwürdige Allianz zum Teil mit der Gewerkschaft und deren Bonzen, von co op und Neue Heimat, mit Weihrauch und Kanzel — das ist eine bemerkenswerte Allianz! ...“ (Schönhuber-Rede 1)

Und er droht:

„Die Kirchen müssen sich fragen lassen, ob der Weg, den sie mit permanentem Mitgliederverlust gehen und ihre Nähe zu den Gewerkschaften, nicht die Frage aufscheinen läßt, ob es noch Sinn hat, Kirchensteuer zu bezahlen? Außerdem: In Ländern ohne Kirchensteuer sind die Kirchen auffallend patriotisch.“ (vgl. Die Welt, 6. 4. 1989)

Die REP wollen die Tarifautonomie zerschlagen

Die REP planen die Abschaffung der Tarifautonomie, die wesentlich zur Sicherung des sozialen Friedens in unserem Land beiträgt:

„Die Republikaner werden das Kartell der ‚Tarifautonomie‘ von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Arbeitsjustiz und Parteien durch eine allen Arbeitenden verantwortliche ‚Konzertierte Aktion‘ unter Einbindung der sich vor der Verantwortung drückenden Regierung brechen ...“ (REP-Flugblatt „Die preistreibende Tarifpolitik ...“)

Massiv wollen die REP die Gewerkschaften politisch beschränken. Sie sollen sich

„in parteipolitischer Unabhängigkeit ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen ihrer Arbeitsstätten beschränken“. (Programm der REP, 1987)

Gleichwohl schlagen die REP als selbsternannte Vertreter des „kleinen Mannes“ auch gerne klassenkämpferische Töne an:

„Und wir wissen auch, daß viele Unternehmer ihre Firmen auslagern werden, weil nämlich dort unten in Griechenland oder Portugal sie die Arbeiter besser ausbeuten können ...“ (Schönhuber-Rede 2).

Die REP wollen die Pressefreiheit beseitigen

Zur Kritik an den Tarifpartnern paßt die Medienschelte der REP, die sich gefallen in der Rolle des Ozeanensors, der weiß, was man den Menschen zumuten darf und was nicht:

„(Es) lauern ungeheure Gefahren, sie liegen nicht in der Uninformiertheit der Menschen, sondern in der Überinformiertheit, die letztlich zur Desinformation führt.“ (Schönhuber-Rede 2)

Wenn es nach den REP ginge, würde die Presse- und Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend eingeschränkt:

„Falls die Selbstkontrolle der Medien mit ihrer in der Öffentlichkeit und Politik inzwischen gewonnenen unbegrenzten Machtstellung weiterhin versagt, werden wir für die Schaffung partei- und gruppenunabhängiger Kontrollorgane zum Schutz des von Einschüchterung und Verschmutzung der geistigen Umwelt bedrohten Freiheitsraums der Bürger sorgen“ (Programm der REP, 1987).

Um ein konkretes Beispiel zu nennen:

„Wenn wir an der Macht sind, wird es (das Fernsehmagazin) ‚Kennzeichen D‘ nicht mehr geben“ (Schönhuber zitiert nach FAZ, 9. 2. 1989).

Die REP wollen die Pressefreiheit am Grundgesetz vorbei suspendieren können, wenn ihre Ausübung „die Würde . . . unseres Volkes . . . verletzt“ (Programm der REP, 1987). Und wenn die REP fordern:

„Zeitgeschichtliche und historische Darstellungen in den Massenmedien müssen sich an den Fakten orientieren und nicht an nachträglichen Interpretationen aus heutiger Sicht“ (Programm der REP, 1987),

dann wollen die REP offenbar gesetzlich vorschreiben, daß die Vergangenheit künftig nur noch im Stile von Schönhubers „Ich war dabei“ bewältigt werden darf.

Die REP kündigen den inneren Frieden auf

Die REP setzen auf die Radikalisierung der Gesellschaft, indem sie Unfrieden, Neid und politische Spaltung in unseren Alltag tragen. So betreiben die REP Sozialhetze und Angstmacherei mit dem Europäischen Binnenmarkt:

„Diese EG . . . ist nichts anderes als ein Experimentierfeld für die Euromultis — die machen ihr Geld in dieser EG, aber nicht die einfachen Leute“ (Schönhuber-Rede 1).

„Sie können davon ausgehen, daß Organisationen wie Cosa Nostra, Mafia, Camorra, Schutzgelderpressung, Kindesentführung auf sardisch und andere fürchterliche Verbrechen Teil des deutschen Alltags werden“

(Schönhuber-Rede 2).

Zu diesem Konzept gehört auch die Stimmungsmache gegen die Ausländer, insbesondere gegen die Türken:

„Es muß aufhören, daß türkische Familien nur in die Bundesrepublik fahren und den Zahnersatz hier bekommen, und dann hier wieder wegfahren“

(Schönhuber-Rede 2).

(Zur Hetze gegen Ausländer siehe auch das vorangegangene Kapitel.)

Alle diese Beispiele zeigen, daß sich die Attacken der REP nicht nur gegen

demokratische Parteien, sondern auch gegen andere wichtige Repräsentanten unserer Gesellschaftsordnung, z. B. gegen die Tarifpartner, Kirchen und Medien richten. Die REP wollen die gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander aufhetzen und den demokratischen Grundkonsens aufkündigen. Sie versuchen, ein Klima zu schaffen, das den sozialen Frieden und die zwischenmenschliche Toleranz beseitigt, damit radikale Parolen und Rezepte einen Nährboden finden können.

5. Die REP sind nationalistisch, europafeindlich und wollen die Bundesrepublik Deutschland vom Westen abkoppeln

Die Haltung der REP zu Europäischer Gemeinschaft und Nordatlantischem Bündnis besteht in der Neinsägerei nationalistischer Ewiggestriger, die von der elementaren Bedeutung dieser übernationalen Gemeinschaften für die Stellung Deutschlands in der Welt keine Ahnung haben.

Die REP wollen Fortschritte in der EG bekämpfen

Gegen Freizügigkeit und Weltoffenheit im Rahmen des Europäischen Binnenmarktes führen die REP das Horrorszenario vom „Kriminellen-Import“ ins Feld:

„Wir Republikaner wehren uns gegen den unter dem Begriff ‚europäischer Freizügigkeit‘ drohenden weiteren Kriminellen-Import und den weiteren Zustrom von Ausländern aus EG-, EG-assoziierten oder anderen Staaten ins Bundesgebiet, was die sozialen Spannungen, die technischen Gegensätze und die finanziellen Belastungen für die Haushalte des Bundes, der Länder, Bezirke und Kommunen ins Unerträgliche steigern und unser Volk überfremden wird“ (Dinkelsbühler Erklärung zur Europawahl, 1988).

Mit dieser Einstellung hätten die REP nicht einmal die Vorstufe des deutschen Nationalstaates, den „Deutschen Zollverein“, zustandegebracht. Mit Schlagbäumen stoppt man den legalen, aber nicht den illegalen Verkehr. Ginge es nach den Patentrezepten der REP, so müßten die Deutschen auf alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Vorteile der europäischen Einigung verzichten — wegen der Kriminellen.

Wie die Kritiker von links wollen auch die REP die Bürger mit Schauermärchen von der „Standortgefahr“ und vom „Sozialdumping“ gegen Europa aufbringen:

„Wenn wir meinen, daß Europa schlecht für den Arbeiter ist, so denken wir an den Druck durch die Billiglöhne . . . Und wir wissen auch, daß viele Unternehmer ihre Firmen auslagern werden und den Industriestandort

Deutschland verlassen werden, weil nämlich dort unten in Griechenland oder in Portugal sie die Arbeiter besser ausbeuten können als hier, wo der Arbeiter durch ein soziales Netz und durch Ansprüche besser geschützt ist. Kommt die EG, kommt es zu einem ungeheuren Lohndruck auf die Arbeiter, und es kommt zu einer Verschlechterung der sozialen Sicherheit . . . Und ich sage bewußt dieses Wort aus der Großindustrie, daß das Kündigungsgesetz geändert werden müsse. Das kann man nämlich ohne weiteres machen mit den Leuten in Portugal und in Griechenland“ (Schönhuber-Rede 2).

Und ebenfalls in Übereinstimmung mit den Kritikern von links wollen die REP die Bürger mit Schauermärchen vom „Umweltdumping“ gegen Europa aufbringen:

„Was bringt uns auf dem Sektor der Umwelt diese EG? . . . Gesetze auf dem niedrigsten Niveau. Sehen Sie sich einmal an, wie die Spanier, die Portugiesen, die Griechen, die Italiener und neuerdings auch die Türken ihre Strände behandeln! Die von Gott geschickte und wunderbare Natur wird zubetoniert, weil man nämlich im Zielkonflikt der Ökonomie und Ökologie nur auf die Ökonomie setzt. Und sie werden alles tun, damit es auch in Deutschland Gesetze gibt, die diesen Zielkonflikt entschärfen, und letztendlich landen wir hier wieder bei der gewinnorientierten Ökonomie“ (Schönhuber-Rede 2).

Als „Patrioten“ wollen die REP sich aufspielen, indem sie einen Scheingegensatz von Europäischer Gemeinschaft und deutscher Wiedervereinigung konstruieren:

„Diese EG . . . verhindert die deutsche Einigung. Diese EG zementiert die deutsche Teilung“ (Schönhuber-Rede 2).

Wirkliche Patrioten wissen, daß die nationale Einheit in Frieden und Freiheit nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung erreicht werden kann. Nicht Europa, sondern die Sowjetunion steht der Lösung der deutschen Frage im Wege.

Die REP schüren Antiamerikanismus und wollen raus aus der NATO

Wie die Grünen bekennen sich die REP zum Antiamerikanismus. Schönhuber spricht von

„amerikanischen Verbrecher(n), die den Völkermord von Hiroshima und Nagasaki zu verantworten haben“ (Schönhuber-Rede 2),

und fügt hinzu:

„Wir wollen nicht, daß deutsche Soldaten in Spannungsgebiete entsendet werden. Die deutschen Soldaten haben nur eine Pflicht: die Grenzen unseres Landes zu verteidigen, aber nicht für die Interessen der Wallstreet zu sterben“ (Schönhuber-Rede 2).

Den Alliierten der Bundesrepublik Deutschland sagt Schönhuber „Doppelbödigkeit“ nach — angeblich wollen sie zwar deutsche Soldaten, aber keine deutschen Waffen in Spannungsgebieten,

„denn da wollen sie selber den Rebbach machen“ (Schönhuber-Rede 1).

„Wallstreet-Interessen“ und „Rebbach“ — damit knüpft Schönhuber im übrigen an die antiamerikanische Sprache der Nationalsozialisten an.

Antiamerikanisch ist auch das Äquidistanzdenken, das die REP ebenfalls mit den Grünen gemeinsam haben. Dem sowjetischen „Wodka-Imperialismus“ stellt Schönhuber den angeblichen amerikanischen

„Coca-Cola-Imperialismus“ gegenüber (Schönhuber-Rede 4).

Antiamerikanismus und Verharmlosung der Sowjetunion — wer so denkt, kann natürlich für die freiheitsbewahrende Funktion der NATO, für das Atlantische Bündnis als Wertegemeinschaft des freien Westens kein Verständnis haben. Die REP sehen nur, daß die NATO der Sowjetunion mißfällt, und betrachten sie daher, wie die EG, als Hindernis auf dem Weg zur deutschen Einheit.

„... das Ziel der Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands ist vorrangig und höher zu bewerten als ein Verbleib der Bundesrepublik Deutschland in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Deshalb darf die Bündnispartnerschaft auf dem Weg zur Einheit Deutschlands kein unüberwindbares Hindernis darstellen“ (Programm der REP, 1987).

Es ist nach alledem nur folgerichtig, wenn die REP, wie die Grünen, die politische Neutralisierung Deutschlands befürworten:

„Endziel einer Politik der Republikaner könnte bei Abwägen aller Risiken, bei vorsichtiger Sondierung des politischen Terrains die Blockfreiheit sein“ (vgl. FAZ, 25. 5. 1987).

Bedenkt man die neutralistischen Tendenzen der Grünen und weiter Teile der SPD, dann muß man befürchten, daß der Neutralismus in der Bundesrepublik Deutschland zum gemeinsamen Nenner der SPD sowie der Radikalen von links und rechts wird. Die REP sind zu dieser unseligen Allianz bereit. Nicht umsonst sagt Schönhuber von der neutralistischen SPD der Nachkriegszeit unter Schumacher:

„Wenn die SPD noch die Partei von Schumacher wäre, dann würde ich sagen, dann ist es die einzige Partei, die für uns in Frage käme“ (Deutschlandfunk, 20. 10. 1988; vgl. Bundespresseamt, Kommentarübersicht I, 21. 10. 1988).

Ein gegen seine europäischen Nachbarn abgeschottetes, von seinem jetzigen amerikanischen Verbündeten abgeschnittenes, dafür aber von der Sowjetunion abhängiges und von Unfreiheit bedrohtes Deutschland — das ist die deutschland- und außenpolitische „Konzeption“ der REP.

6. Die REP versuchen, die Wähler durch billige Parolen über ihre Konzeptionslosigkeit zu täuschen

Die REP sind eine politikunfähige Partei, denn sie besitzen kein in sich schlüssiges politisches Konzept für die Lösung der zentralen Fragen deutscher Politik. Vielmehr haben sie sich auf Themen spezialisiert, die sich aus ihrer Sicht zur Propagierung einer nationalistischen Gesinnung und zur Angstmacherei besonders eignen.

Die Lückenhaftigkeit ihres Parteiprogramms (1987) versuchen sie oberflächlich zu übertünchen, indem sie zu wichtigen Problemfeldern ein paar flüchtige Zeilen einschieben. Da das Ziel der REP nicht das Betreiben konstruktiver Politik ist, stört es sie offenbar nicht, daß ihr Programm schon vom Umfang der angesprochenen Themen her ausgesprochen unausgewogen ist (z. B. 40 Zeilen zum Katastrophen- und Zivilschutz, aber nur neun banale Zeilen zur Energiepolitik), oder daß sie sich in Widersprüche verwickeln. In wichtigen Politikbereichen bleiben die REP ohnehin mehr oder weniger sprachlos.

Die programmatischen Aussagen sind nicht politisch aufeinander abgestimmt und fügen sich nicht zu einer Konzeption zusammen. Insgesamt ist das Parteiprogramm der REP (1987) ein Gebräu aus Gemeinplätzen, populistischen Maximalforderungen und simplen Rezepten.

Als ihre wichtigste Aufgabe bezeichnen die REP die Wiedervereinigungspolitik. Schönhuber bezeichnet sie als „göttlichen Auftrag“ (vgl. taz, 31. 1. 1989). Die REP wollen den Wählern vorgaukeln, sie könnten auf dem Feld der Deutschlandpolitik mehr leisten als die CDU-geführte Bundesregierung bzw. die „Bonner Parteien“:

*„Die Deutschlandpolitik auch dieser Bundesregierung und aller Bonner Parteien hat die deutsche Teilung zementiert, weil sie sich darauf beschränkt, diese nur erträglicher zu machen, ohne sie zweifelsfrei in Frage zu stellen“
(Programm der REP, 1987).*

Und in der Präambel ihres Programms werfen die REP der Bundesregierung vor, von ihr würden

*„Friedensvertrag und Wiedervereinigung . . . nicht unabweisbar gefordert“
(Programm der REP, 1987).*

Wiedervereinigungspolitik heißt also für die REP: die deutsche Teilung „zweifelsfrei“ in Frage stellen und die Wiedervereinigung „unabweisbar“ fordern. Und wie stellt man diese Forderung so, daß die Sowjetunion sie schlechterdings nicht mehr abweisen kann? Die REP behaupten allen Ernstes:

„Das ist möglich durch die Anwendung und Nutzung der UNO-Charta,

aller Erklärungen, Vereinbarungen und Verantwortlichkeiten der Siegermächte und ihrer vertraglichen Abmachungen mit der Bundesrepublik Deutschland und

der Schlußakte von Helsinki, die von allen europäischen Staaten, Kanada und den USA unterzeichnet wurde“ (Programm der REP, 1987).

So also will Schönhuber seinen „göttlichen Auftrag“ erfüllen: indem er die genannten Dokumente anklagend in die Höhe hebt. Und das sollen die „Bonner Parteien“ 40 Jahre lang versäumt haben? Nein, sie haben erheblich mehr getan und erreicht für die Deutschen. Schönhuber weiß keine tragfähige Alternative dazu. Was er anbietet, sind gefährliche neutralistische Gedankenspiele (siehe II. 6).

Während zu den Themen Wirtschaftspolitik, Familienpolitik und Gesundheitspolitik von den REP nur nichtssagende Allgemeinplätze formuliert werden, die Rentenpolitik ganz vergessen und zum Umweltschutz gerade eine 10-Zeilen-Aussage aufgewendet wird, ist es bezeichnend, daß dem Abschnitt „Unsere jungen Menschen“ im REP-Programm ausgerechnet ein Zitat von Paul de Lagarde vorangestellt wird:

„Ich klage nicht, daß es unserer Jugend an Idealität mangle. Ich klage an: die Männer, vor allem die Staatsmänner klage ich an, welche der Jugend die Ideale nicht bieten, an denen allein der überall vorhandene Idealismus der Jugend zur Idealität zu werden vermag.“

Lagarde, eigentlich Paul Bötticher, war ein antisemitischer und kirchenfeindlicher Deutschnationaler aus der muffigsten Ecke des 19. Jahrhunderts, den zuletzt die Nazis wieder aufgewärmt haben. Lagarde steht für Fremdenfeindlichkeit und „nationale Religion“. So sehen die Männer aus, die nach dem Willen Schönhubers unserer Jugend heute „Ideale bieten“ sollen.

III. Die REP sind ein Sammelbecken für politische Sektierer und Querulanten

Politisches Querulantentum, innerparteiliche Abspaltungen, Rechtsverstöße von Amts- und Mandatsträgern sowie gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen Parteimitgliedern sind das eigentliche Markenzeichen der REP-Partei. Die Geschichte der REP ist von unsauberen Methoden im gegenseitigen menschlichen Umgang innerhalb der Parteispitze sowohl auf Bundesebene als auch in verschiedenen Landesverbänden geprägt. Die wechselvolle politische Vergangenheit führender REP-Politiker legt ebenfalls Zeugnis darüber ab, daß die REP ein Sammelbecken für politische Sektierer

sind. Die REP, die anderen Parteien mangelnde Grundsatztreue und Prinzipienlosigkeit vorwerfen, werden von Leuten repräsentiert, die ihre politische Überzeugung mehrfach gewechselt haben und in anderen Parteien gescheitert sind.

1. REP-Chef Schönhuber – einer, der überall dabei war, aber nirgends dazugelernt hat

REP-Hauptdarsteller und Parteivorsitzender Schönhuber ist das Paradebeispiel für die schillernden Gestalten, die sich bei den REP zusammengefunden haben: Schönhuber, 1923 geboren, meldete sich im Zweiten Weltkrieg als Freiwilliger zur „Leibstandarte Adolf Hitler“ der Waffen-SS. — Schönhuber: „Das war für mich die Elite der Elite“ (vgl. „konkret“, 3. 3. 1989). In seinem Buch „Ich war dabei“ bekennt er, „Tränen in den Augen“ gehabt zu haben, als er vom Tode Hitlers erfahren habe. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges belegte ihn eine Spruchkammer als „Mitläufer“ mit einer Geldstrafe von 500 DM. Seine SS-Tätowierung am Oberarm ließ er sich mit Genehmigung der damaligen Militärregierung entfernen. Über seine Zeit als Soldat der Waffen-SS sagt Schönhuber heute: „Dabei hab' ich nie verschwiegen, was ich im Krieg war und wo, und daß ich's gern war“ (vgl. Quick, 31. 1. 1989).

Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete Schönhuber, der heute in zweiter Ehe mit einer inzwischen für die REP arbeitenden ehemaligen Münchner SPD-Stadträtin verheiratet ist, als Schauspieler und Sportreporter (vgl. Kieler Nachrichten, 1. 2. 1989). Als Sportjournalist betätigte er sich für die „Deutsche Woche“, die sich später als ein von der DDR finanziertes Tarnorgan der verbotenen KPD entpuppte (vgl. Süddeutsche Zeitung, 31. 1. 1989). Später wechselte er zur „Abendzeitung“ und wurde Chefredakteur der „tz“. Als Journalist dieser Münchner Boulevard-Blätter galt er in den 60er Jahren noch als „linksaußen“ und unterstützte die Jungsozialisten publizistisch in ihrem Kampf gegen den damaligen SPD-Oberbürgermeister Vogel. In seinem Buch „Freunde in der Not“ (München 1983) schreibt Schönhuber über seine damaligen Aktivitäten: „Allmählich nahmen meine Treffen mit den Linken fast konspirative Formen an...“ (vgl. Hirsch/Metz, „Die Republikaner — Die falschen Patrioten“, 1989, S. 14).

Aus seiner damaligen Sympathie für die SPD macht der heutige REP-Chef keinen Hehl: „Ich habe nach dem Krieg Schumacher gewählt“ (vgl. Frankfurter Rundschau, 6. 3. 1987).

Nach seiner Tätigkeit bei der „tz“ ging Schönhuber zum Bayerischen Rundfunk, wo er zum stellvertretenden TV-Chefredakteur aufstieg und als Moderator der Sendung „Jetzt red' i“ Popularität erlangte. Zudem führte er

den Bayerischen Journalistenverband an und war Mitglied im sogenannten „Franzens-Club“, einem journalistischen Zirkel, der sich dem damaligen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß freundschaftlich verbunden wußte. Heute versucht sich Schönhuber als politischer Erbschleicher von Franz Josef Strauß — nach dem Tode des früheren bayerischen Ministerpräsidenten verteilen die REP im Herbst letzten Jahres Aufkleber mit der Parole „Strauß geht, Schönhuber kommt“ (vgl. Hannoversche Allgemeine, 31. 1. 1989). Noch 1986 hatte der REP-Vorsitzende Franz Josef Strauß als „Oberopportunisten“ abgekanzelt (vgl. „Süddeutsche Zeitung“, 25. 11. 1986).

Mit der Veröffentlichung des Buches „Ich war dabei“, in dem Schönhuber seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS rechtfertigte, provozierte er seine Entlassung aus dem Bayerischen Rundfunk. Die rechtsextreme „Nationalzeitung“ wählte das Werk zum „Buch des Jahres“ (vgl. taz, 31. 1. 1989). Sein Abgang vom Bayerischen Rundfunk sicherte ihm zugleich finanzielle Unabhängigkeit, da ihm eine Abfindung von 290.000 DM sowie eine Monatspension von 7.000 DM zugestanden wurden, nachdem Schönhuber gegen seine Entlassung geklagt hatte. (Quellen, soweit nicht anders angegeben: Der Spiegel, 6. 2. 1989; Kölner Stadtanzeiger, 31. 1. 1989). Gleichzeitig geniert er sich nicht zu behaupten: „Ich bin ein Politiker, der mit einem ordentlichen Beruf sein Geld verdient und nicht auf die Diäten angewiesen ist“ (Schönhuber-Rede 1).

Zur doppelten Moral Schönhubers in Sachen Abgeordnetendiäten und 290.000 DM Abfindung vom Bayerischen Rundfunk passen eine ganze Reihe weiterer Sachverhalte:

Er schürt subtil und offen die Türkenfeindlichkeit: „Ich mag die Türken, aber ich mag sie am meisten in der Türkei selber“ (Rede in Dinkelsbühl am 3. 12. 1988). Schönhuber verschweigt aber in dieser Rede, daß er selber in der Türkei in Bodrum eine Ferienvilla besitzt.

Im Programm der REP läßt Schönhuber über die Frau als solche folgendes schreiben: „Es ist jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und von keinem ‚Hausmann‘ oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau“ (Programm der REP, 1987).

Was er persönlich von Frauen hält, belegt folgendes Zitat: „Meine Hand glitt über ihr Knie, an der Innenseite des Oberschenkels höher, über den Rand des Seidenstrumpfes hinweg, berührte ihr nacktes Fleisch. Sie stöhnte . . . Sie stieß mir das Tor zum Olymp der Liebe auf . . . Sie führte mich nicht auf geraden Wegen, sondern auf kunstvoll verschlungenen Umwegen“ (Schönhuber, „Ich war dabei“, zitiert nach Der Spiegel, 6. 2. 1989).

Auf Vorhaltungen eines Journalisten antwortete Schönhuber: „Das war eine Französin, übrigens“ (vgl. Spiegel-Interview, 6. 2. 1989).

„Leibstandarte Adolf Hitler“, Journalist bei einem kommunistischen Blatt, SPD-Wähler, Juso-Freund und Jochen-Vogel-Gegner, Strauß-Anhänger, dann Strauß-Gegner, jetzt Chef der rechtsradikalen REP — es gibt kaum einen politischen Standpunkt, den Schönhuber nicht schon vertreten hat: ein politischer Wandervogel mit wechselnder Flugrichtung, von ganz links bis ganz rechts. Der CSU-Vorsitzende Theo Waigel hat ihn treffend charakterisiert: Schönhuber ist ein Mann, „der überall dabei war, aber nirgendwo etwas dazugelernt hat“ (vgl. Westdeutsche Zeitung, 15. 4. 1989).

Die politische Unglaubwürdigkeit Schönhubers zeigt sich auch im Theoretisieren des REP-Vorsitzenden über potentielle Koalitionspartner seiner Partei. Auf die Frage nach möglichen Koalitionspartnern der REP antwortete Schönhuber im Deutschlandfunk (20. 10. 1988): „Wenn die SPD noch die Partei von Schumacher wäre, dann würde ich sagen, dann ist es die einzige Partei, die für uns in Frage käme . . .“ In seiner Aschermittwochsrede in Cham 1988 bezeichnete Schönhuber die „Schumacher-SPD“ als „natürlichen Koalitionspartner“ der REP.

Bei seiner Aschermittwochsrede ein Jahr später führte Schönhuber aus, daß die REP nicht eine Oppositionspartei „um jeden Preis“ sein sollten; die REP müßten „politikfähig“ sein für den Fall, daß die Union einen Koalitionspartner suche: „Wir dürfen uns nicht verweigern, wenn die Stunde kommt“ (vgl. FAZ, 9. 2. 1989).

Es ist offensichtlich, daß für Schönhuber inhaltliche Fragen keine Rolle spielen, wenn es um die Möglichkeit einer Beteiligung an der Regierungsmacht geht: Die „Schumacher-SPD“ hat gegen die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und die Soziale Marktwirtschaft gekämpft. Die CDU ist die Partei der europäischen Einigung, der Westlichen Allianz und der Sozialen Marktwirtschaft. Die REP geben sich als koalitionsfähig mit Parteien aus, die vollkommen gegensätzliche Positionen vertreten bzw. vertreten haben. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf Schönhuber und seine Partei: Sie stellen Machtstreben vor politische Inhalte.

2. Die REP sind die Partei der ständigen personellen und politischen Grabenkriege

Die bisherige Geschichte der REP-Partei ist eine Geschichte der Ränkespiele, der Intrigen, von Satzungsstreitigkeiten, persönlichen Beleidigungen und Beschimpfungen, aus denen gegenseitige menschliche Verachtung spricht. Auseinandersetzungen um die Person des heutigen REP-Vorsitzenden Schönhuber standen dabei stets im Mittelpunkt.

Die REP wurden 1983 gegründet. Schon 1985 kam es zu heftigsten Machtkämpfen zwischen dem Gründungsvorsitzenden **Franz Handlos** und

seinem damaligen Stellvertreter **Schönhuber**. Hintergrund des Streits war der vom REP-Bundesvorstand beschlossene Parteiausschluß von **Schönhuber**, der zuvor seine Anhänger in der Partei um sich versammelt und umgekehrt **Handlos** das Vertrauen entzogen hatte. **Handlos** begründete den geplanten Schönhuber-Rausschmiß damit, der heutige REP-Chef habe „die Partei von rechts unterwandern“ wollen und versucht, zahlreiche ehemalige NPD-Mitglieder in die Partei einzuschleusen.

Seine Vorwürfe unterstrich **Handlos** auch damit, daß **Schönhuber** den Ex-NPD-Mann und „Nationalzeitung“-Redakteur **Neubauer** als Pressesprecher der REP angeheuert hatte. **Schönhuber** konterte und warf **Handlos** vor, „kopflös“ und „seiner Sache wohl nicht gewachsen“ zu sein. Im Gegenzug sprach **Handlos Schönhuber** die politische Qualifikation für hohe Parteiämter ab: „Schönhuber kann Säle füllen, aber keine Partei führen“ (vgl. jeweils Abendzeitung, 18. 3. 1985). Ein nachfolgender Rechtsstreit bestätigte die Unrechtmäßigkeit des Hinauswurfs von **Schönhuber** wegen der „unrechtmäßigen Zusammensetzung“ des Gremiums, das den Ausschluß beschlossen hatte (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 2. 2. 1989).

Handlos hatte mit seinen Vorwürfen gegen **Schönhuber** im Falle **Neubauers** jedoch Recht: **Harald Neubauer**, inzwischen Vorsitzender des bayerischen und damit des größten REP-Landesverbandes, fungierte bis Mai vorigen Jahres auch als Generalsekretär der Partei. Er war früher Mitglied der sozialistischen Jugendorganisation „Falken“ und ist zweimal in die NPD ein- und wieder aus ihr ausgetreten, in der er als Parteisprecher und noch 1979 als stellvertretender Vorsitzender des oberbayerischen Bezirks amtierte. Zudem war **Neubauer** Mitglied der rechtsextremen DVU und Redakteur im Verlag des Rechtsextremisten **Frey**, wo er für die „Nationalzeitung“ und den „Deutschen Anzeiger“ schrieb — beide Blätter sind für ihre verfassungsfeindlichen Zielsetzungen bekannt und werden deshalb im Verfassungsschutzbericht aufgeführt (vgl. Der Spiegel, 13. 2. 1989; FAZ, 1. 2. 1989; taz, 31. 1. 1989; Kieler Nachrichten, 1. 2. 1989; Verfassungsschutzbericht 1987). Über die Gründe, die **Neubauer** zu seinem Austritt aus der NPD führten, existieren widersprüchliche Angaben: „Nach eigenem Bekunden schied **Neubauer** . . . aus der NPD, weil sie ihm zu rechts gewesen sei. Ganz anders, erinnern sich NPD-Funktionäre, habe **Neubauer** vor seinem Austritt argumentiert: ihm sei die NPD zu lax dahergekommen“ (Der Spiegel, 13. 2. 1989).

Nach den Querelen mit **Schönhuber** trat **Handlos** aus der Partei aus und gründete im Frühjahr 1985 eine neue Partei mit dem Namen „Freiheitliche Volkspartei“ (FVP). **Schönhuber** wurde im selben Jahr Vorsitzender der REP. Der Parteimitbegründer **Ekkehard Voigt** trat im Mai 1985 aus, was er laut Aussagen von **Handlos** damit begründete, daß unter **Schönhuber** in der Partei extrem rechte Kräfte an Einfluß gewonnen hätten (vgl. dpa, 28. 6. 1985). 1986 trat **Voigt** in die FDP ein, sucht inzwischen aber wieder Anschluß an die

REP-Partei. Sein Aufnahmeantrag ist kürzlich vom REP-Bundesvorstand zurückgewiesen worden. Auch **Handlos** hat sich inzwischen der FDP angeschlossen (vgl. Süddeutsche Zeitung, 10. 2. 1989).

Anfang 1987 kam es erneut zu Auseinandersetzungen in der REP-Führungsspitze. Gegen den kurz zuvor zurückgetretenen stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Dieter Berger** wurde wegen „neonazistischer Verbindungen und finanzieller Unregelmäßigkeiten“ ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet. **Berger** hatte seinerseits die Legitimation einer „Funktionsträgerkonferenz“ angezweifelt, die **Schönhuber** als REP-Vorsitzenden nach vorausgegangenen innerparteilichen Querelen nahezu einstimmig ihr Vertrauen ausgesprochen hatte (vgl. dpa, 12. 1. 1987).

Noch im selben Jahr ging es mit den innerparteilichen Machtkämpfen weiter: Verschiedene Kritiker **Schönhubers**, die dem REP-Chef u. a. „selbstherrlichen Führungsstil“ anlasteten, meldeten an der Rechtmäßigkeit der Neuwahl des REP-Vorstandes auf einer Bundesversammlung in Bremerhaven im Mai 1987 Zweifel an und reichten Klage ein. Rund 70 REP-Mitglieder forderten auf einer von ihnen sogenannten „außerordentlichen Bundesversammlung“ Ende September desselben Jahres den sofortigen Parteiaustritt von **Schönhuber** und **Neubauer**. **Schönhuber** konterte mit heftigsten verbalen Ausfällen: In einem Rundschreiben teilte er mit, er habe lange überlegt, ob er sich „durch Anfassen dieses Drecks“ die „Hände schmutzig machen“ solle. Schon vorher hatte er seine innerparteilichen Gegner als „Neurotiker, Asoziale, Radikalinskis und Querulanten“ bezeichnet. Später schob er noch die Begriffe „Betrüger“ und „Neonazi“ nach. Die Schönhuber-Kritiker warfen dem REP-Chef daraufhin vor, daß er es sei, der entgegen seinen Beteuerungen Neonazis in die Partei hole und zugleich „rechte und deutsch-national gesinnte Funktionsträger als ungeliebte Mitläufer“ darstelle (vgl. Der Spiegel, 19. 10. 1987).

Offenbar 1988 spaltete sich eine Gruppe von ca. 300 bis 400 REP-Mitgliedern von der Bundespartei ab und schloß sich unter dem Namen „Unabhängige Republikaner“ zusammen. In welchem Maße die politische und menschliche Atmosphäre bei den REP zu diesem Zeitpunkt vergiftet gewesen sein muß, belegen die von der Gruppe der „Unabhängigen“ gegen **Schönhuber** erhobenen Vorwürfe: Für **Schönhuber** sei „die Partei der Republikaner nichts anderes als die Spielwiese seiner politischen und persönlichen Eitelkeit“. REP-Mitglied **Rolf Göllner**, der zu den Gründern der Partei gehörte und sich der innerparteilichen Opposition anschloß, bezeichnete **Schönhuber** als „bayerischen Ceauşescu“; **Schönhuber** sei „so erfüllt mit Haß und krankhaftem Geltungsbedürfnis, daß seine grauen Gehirnzellen zum Teil verstopft sind und das Gedächtnis blockieren“. Ferner fügte er hinzu: „Grenzenlose Selbstüberschätzung, krankhaftes Geltungsbedürfnis, wirtschaftliche Raffsucht, gekoppelt mit einem Führerwahn im Westentaschenformat. Er, der Göttliche“. Der ehemalige Stellvertreter

Schönhubers im REP-Vorsitz, **Wolfgang Klinke**, nannte **Schönhuber** eine „männliche Marilyn Monroe“ und bezeichnete ihn als „Parteidiktator“ (vgl. Münchner Merkur, 10. 6. 1988).

Die Welle innerparteilicher Grabenkriege, die die REP seit ihrer Gründung kennzeichnen, scheint nicht abzubrechen. **Boris Rupp**, Mitglied im REP-Bundesvorstand und stellvertretender Vorsitzender der hessischen REP, hat den Parteivorsitzenden **Schönhuber** aufgefordert, er solle „dreinschlagen“, denn innerhalb der Partei würden seit den Wahlerfolgen in Berlin und Hessen „Oberflächlichkeit und Flachheit“ das Zepter in die Hand nehmen. Intern, so **Rupp**, sei ein Machtkampf um Mandate ausgebrochen — „und ich habe den Eindruck, daß dabei Kungelei vor Qualifikation geht“. Bei den Listenaufstellungen zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz würden sich einige REP „nur nach den Pfründen recken“ (vgl. taz, 5. 4. 1989).

Die abstoßende Art und Weise, in der sich die REP intern bekriegen, diffamieren und gegenseitig menschlich abqualifizieren, ist nicht nur Ausdruck demokratischer Unreife und eines erschreckenden Mangels an politischer Kultur. Die REP-Partei, die nach eigenem Bekunden angetreten ist, um in Deutschland für „Sauberkeit und Ordnung“ zu sorgen, scheitert auch an ihren eigenen politischen Ansprüchen. Niemand ist so ungeeignet wie die REP, sich den Wählerinnen und Wählern als moralische Oberapostel der Nation anzupreisen. Die REP sind eine Partei der politischen Sektierer.

3. Kontrolle statt Vertrauen – Mandatsträger der REP benötigen ein polizeiliches Führungszeugnis

Im März 1987 beschloß die REP-Parteispitze, in Zukunft von sämtlichen Kandidaten und Funktionären der Partei die Vorlage eines **polizeilichen Führungszeugnisses** zu verlangen. Den Hintergrund dieses Beschlusses bildete ein Vorfall in Rheinland-Pfalz, wo die REP zur Landtagswahl im Mai 1987 antreten wollten: Der Bundesvorstand der REP hatte zu spät erkannt, daß einer ihrer Spitzenkandidaten in Rheinland-Pfalz, der Agraringenieur **Hans Bastian**, im Zusammenhang mit Landverkäufen u. a. wegen **Kreditbetruges und Urkundenfälschung** mit eineinhalb Jahren Freiheitsstrafe und 10.000 Mark Geldstrafe vorbestraft war. Die Partei zog ihre Beteiligung an der Landtagswahl daraufhin zurück (vgl. Die Welt, 6. 3. 1987). **Bastian** setzte sich gegen die REP-Führungsspitze mit folgender Aussage zur Wehr: „**Da müßten Sie einmal die ganze Führungscrew durchleuchten, anfangen können Sie bei Herrn Neubauer, der aus seiner NPD-Zeit etliche Verfahren am Hals hatte**“ (vgl. taz, 7. 3. 1989).

Die Tatsache, daß die REP mittlerweile polizeiliche Führungszeugnisse zur Voraussetzung für die Auswahl ihrer Kandidaten und Funktionsträger

gemacht haben, zeigt, daß die REP offensichtlich nicht in der Lage sind, die persönliche Integrität ihrer Amts- und Mandatsträger sicherzustellen und erhebliche Zweifel an deren Unbescholtenheit hegen müssen. Getreu dem Leninschen Prinzip „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ wurde ein Überwachungsmechanismus eingesetzt — ein politisches Armutszeugnis. Rechtsstreitigkeiten bei den REP bestanden auch im schleswig-holsteinischen Landesverband: dieser hatte 1987 gleich zwei Mitglieder, die für sich beanspruchten, rechtmäßige Vorsitzende der Landespartei zu sein. Der technische Kaufmann **Hagen Palleske** wehrte sich vor Gericht nach seinen eigenen Angaben erfolgreich gegen einen Rausschmiß; der Hochschulprofessor **Emil Schlee** hingegen berief sich darauf, rechtmäßig zu Palleskes Nachfolger im Landesvorsitz gewählt worden zu sein (vgl. Der Spiegel, 19. 10. 1987). Schlee fungiert noch heute als REP-Landesvorsitzender. Streitigkeiten gab es auch im baden-württembergischen REP-Landesverband: Der Bundesvorsitzende **Schönhuber** griff den früheren baden-württembergischen Landesvorsitzenden der REP, **Karl Mechtersheimer**, in einem Brief, der zur Versendung an alle Parteimitglieder vorgesehen war, damit an, daß Mechtersheimer der Partei „mehr als einmal durch dümmliche neonazistische Parolen“ geschadet habe. Mechtersheimer hatte an einer Versammlung von REP-Dissidenten teilgenommen, die 1987 den Rücktritt von Schönhuber als Parteivorsitzender gefordert hatte (vgl. FAZ, 20. 10. 1987).

Nachdem die REP bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1988 keinen Erfolg erzielten, spaltete sich der **Landesverband Bremen** mit seinen ca. 70 Mitgliedern im März desselben Jahres von der Bundespartei ab und nennt sich jetzt „Bremische Republikanische Partei“ (vgl. Die Welt, 22. 3. 1988). Deren Vorsitzender **Hambusch** meinte über Schönhuber und seine Parteifreunde: „Die haben doch alle politische Wahnvorstellungen“ (vgl. Der Spiegel, 13. 2. 1989). Im **Saarland** wurde im März 1988 eine „Republikanische Partei Saar“ gegründet, die sich ebenfalls als vom Bundesverband unabhängig sieht (vgl. dpa, 22. 3. 1988). Im April wurde im Saarland ein regulärer REP-Landesverband konstituiert.

Markenzeichen für innerparteiliches Catch-as-catch-can ist der Berliner Landesverband.

4. REP in Berlin – Die unsauberen Methoden der „ehrlichen Deutschen“

Im Wahlkampf für das Berliner Abgeordnetenhaus im Januar dieses Jahres wurden die REP nicht müde, die Werte „Ehrlichkeit“ und „Saubерkeit“ auf ihre Parteifahne zu schreiben. (Zitat aus einer Berliner REP-Wahlkampfbroschüre: „Diese ernstgemeinte Ehrlichkeit macht die

Republikaner so einzigartig in der bestehenden Parteienlandschaft.“) Aber schon kurz nach der Berliner Wahl hat sich gezeigt, daß führende Vertreter des dortigen Landesverbandes Spezialisten für politische Intrigen sind, die mit dubiosen Methoden gegeneinander vorgehen. Dabei soll in einem Fall sogar körperliche Gewalt angewendet worden sein.

Im April dieses Jahres hatte die stellvertretende Berliner REP-Vorsitzende, die Jurastudentin **Alexandra Kliche**, genug von den Machenschaften ihrer Parteifreunde und erklärte ihren Austritt aus der rechtsradikalen Partei. In einem „Spiegel“-Namensartikel (24. 4. 1989) erklärte sie ihre Abkehr von den REP unter anderem mit den „Umtrieben“ des Landesvorsitzenden und der von ihr abgelehnten Aufnahme von Neonazis in die Partei:

„Zunächst zog er (Andres) gegen den Kreisvorsitzenden von Charlottenburg, Rainer Beyer, zu Felde, weil er in ihm einen Konkurrenten sah. Andres verfaßte ein Schreiben, in dem er Beyer der Unterschlagung von 4.000 Mark bezichtigte — eine Beschuldigung, die durch nichts zu belegen war.

Auf die Frage eines Landesvorstandsmitgliedes, ob ein Schreiben existiere, in dem ein Parteifreund schwer beschuldigt werde, antwortete Andres: ‚Nein.‘ So steht es auch im Protokoll. Auf der nächsten Landesvorstandssitzung jedoch legte Andres das von ihm verfaßte und verleugnete Schreiben freudestrahlend auf den Tisch, weil es ihm nun wieder in sein Ränkespiel paßte.

Inzwischen weiß ich, daß sieben Funktionsträger, die heute als Abgeordnete ihre Wähler und auch die Partei vertreten, dieses Papier bedenkenlos unterschrieben haben. Der beschuldigte Beyer hat Strafantrag gestellt und Strafanzeige wegen Verleumdung erstattet. Und jetzt erst, unter dem Druck eines drohenden Strafverfahrens, bemüht sich Andres, seine unhaltbare Anschuldigung zurückzunehmen.

Während einer anderen Vorstandssitzung forderte ein Parteifreund die Rückzahlung eines von ihm gewährten Darlehens in Höhe von 68.000 Mark. Andres gab sich empört. Er bestritt, jemals einen derartigen Vertrag unterschrieben zu haben. Deswegen sah der Landesvorstand keine Veranlassung, das Darlehen zurückzuzahlen.

Der Parteifreund setzte sich mit dem Landesschatzmeister in Verbindung. Der legte einen juristisch nicht anfechtbaren 100.000-Mark-Darlehensvertrag mit der Unterschrift von Andres vor. Andres war perplex, fing sich aber schnell und erklärte frisch und frei: ‚Aber das ist doch eine Fälschung, so habe ich das nie geschrieben.‘ Doch er hatte es geschrieben, wie er schließlich zugeben mußte.

Prompt fiel ihm die nächste Ausrede ein: Das sei schon seine Unterschrift; er habe dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Nord sechs Blankoformulare gegeben, und die seien in falsche Hände geraten.

Die Formulare sind, wie eindeutig feststeht, keineswegs mißbraucht worden. Andres hatte vielmehr dem Parteifreund einen Tag nach dessen Beitritt auch noch die freie Verfügung über das Darlehen für Werbezwecke überlassen.

Ein solcher Landesvorsitzender hat in der Öffentlichkeit ständig das Wort ‚Ehrlichkeit‘ im Munde geführt. Wie Verhöhnung der Wähler kommt mir das nun vor.

*Und auch von der stets gepriesenen ‚Demokratie‘ ist parteiintern wenig zu spüren. Von Gewalt sollte eher die Rede sein. So wurde der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bezirksverordnetenversammlung Tiergarten einmal von **Andres** kurzerhand vor die Tür gesetzt, nur weil er es gewagt hatte, Kritik an einem Beschluß des Landesvorstands zu äußern.*

*Die Auseinandersetzung fand in den Fraktionsräumen der Republikaner im Abgeordnetenhaus statt. Als **Andres** von den ‚Nörgeleien‘ des Parteifreundes genug hatte, schlich er sich von hinten an ihn heran, nahm ihn in den Polizeigriff, schleuderte ihn aus dem Raum und schloß ab.*

Zu solchen Methoden paßt es, daß auch Leute aus der neonazistischen Szene in die Partei aufgenommen worden sind. So kam beispielsweise ein Mann zu uns, der bereits zu drei Jahren Haft wegen rechtsextremistischer Handlungen verurteilt worden war und daraus auch kein Hehl gemacht hatte. Dieser Mensch hatte vor Jahren in West-Berlin die NSDAP neu gründen wollen.

*Im Parlament, im Berliner Abgeordnetenhaus, verkündet **Andres** nun weiterhin billige Parolen, anstatt sich inhaltlich mit der Politik des neuen Senats zu beschäftigen. Er begegnet nicht dem Vorwurf des Rechtsradikalismus, sondern bestätigt ihn nur . . .*

*Die Republikaner sind nicht das, wofür sie sich ausgeben, erst recht nicht das, was ich bei ihnen zu finden hoffte. Und mit Argumenten, durch Diskussion ist diese Partei nicht zu verändern. Der Berliner Parteichef **Andres** und die, die sich um ihn scharen, haben gezeigt, daß sie selbst vor Gewalt nicht zurückschrecken.“*

Inzwischen ermittelt die Berliner Justiz gegen **Andres** wegen des Verdachts der **Körperverletzung, Nötigung und Sachbeschädigung**. Nach Angaben eines Justizsprechers soll **Andres** den stellvertretenden REP-Fraktionsvorsitzenden der Bezirksverordnetenversammlung Tiergarten, **Handschumacher**, „schmerzhaft in den Polizeigriff genommen“ und „vor die Tür gesetzt“ sowie sein Oberhemd zerrissen haben. **Handschumacher** hat zudem behauptet, daß er dabei Blutergüsse erlitten habe. **Andres** reichte daraufhin eine Gegenanzeige wegen **Hausfriedensbruch, Verleumdung und falscher Verdächtigung** ein. Zudem beschloß der Vorstand der REP, **Handschumacher** wegen „**Verbreitung unwahrer Behauptungen**“ aus der REP-Bezirksverordneten-Fraktion Tiergarten auszuschließen. Nach Angaben der Berliner Justiz wird gegen fünf weitere REP-Abgeordnete wegen Verleumdung und übler Nachrede ermittelt (vgl. Frankfurter Rundschau, 26. 4. 1989; Süddeutsche Zeitung, 26. 4. 1989).

Andres war vor seinem Übertritt zu den REP zuerst Mitglied der CDU und dann der FDP. Zum REP-Landesvorsitzenden wurde er mit Unterstützung **Schönhubers** gewählt.

Außer den erwähnten Strafverfahren läuft gegen **Andres** ein polizeiliches Disziplinarverfahren, in dem es neben anderen Delikten auch um „**fortgesetztes Herstellen und Gebrauch falscher Urkunden**“ geht. **Andres** wurde in dieser Angelegenheit „vom Amtsgericht wegen **Urkundenfälschung** zu einer Geldstrafe von 6.000 DM mit Bewährung sowie zu 2.000 DM Geldbuße verurteilt“ (Kölnische Rundschau, 2. 2. 1989). Das Berliner Landgericht stellte das Verfahren gegen Zahlung einer Geldbuße von 3.000 DM ein. Das polizeiliche Disziplinarverfahren gegen **Andres** läuft jedoch weiter. Augenblicklich ist es unterbrochen, weil **Andres** dem Berliner Parlament angehört und somit Abgeordneten-Immunität genießt, deren Abschaffung übrigens von den REP auf Bundesebene gefordert wird. Konsequenterweise müßten die REP im Berliner Abgeordnetenhaus einen Antrag einbringen, der die Aufhebung der Immunität von **Andres** fordert. Dies ist bisher nicht geschehen.

Gegen **Andres** bestehen weitere schwerwiegende Vorwürfe: So wird ihm ein **Mißbrauch des Beamtenstatus** vorgeworfen, weil er in einem Flugblatt „Man kann wieder wählen!“ erklärt hat: „Für die konsequente Durchsetzung des Programms verbürge ich mich mit meinem Namen und mit meiner Stellung als Polizeibeamter.“ Zudem soll der Polizeiobermeister versucht haben, einen Kollegen zu einer unkorrekten Amtshandlung zu bewegen, sowie einem Verkehrsteilnehmer, der eine Ordnungswidrigkeit begangen hatte, demonstrativ den Rauch seiner Zigarette ins Gesicht gepustet haben (vgl. „Kölnische Rundschau“, 2. 2. 1989).

Andres nützt seine Position als REP-Fraktionschef und -Landesvorsitzender weidlich zu seinen Gunsten aus: **Zu seinen monatlichen Diäten von 5.900 DM verlangte er noch einmal dieselbe Summe aus der Parteikasse**, und 3.000 DM wurden ihm bewilligt — in ihrem Berliner „Wahlprogramm“ hatten die REP die „drastische Senkung von Diäten und Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten“ gefordert. **Für ein Gehalt von 4.600 DM stellte Andres seine Frau als Fraktionsassistentin ein**. Inzwischen wird seine Ablösung als REP-Chef durch **Carsten Pagel** in der Partei diskutiert. Der geplante Landesparteitag wurde jedoch verschoben, um die internen Streitigkeiten der REP nicht vor der Europawahl öffentlich austragen zu müssen (vgl. taz, 12. 5. 1989).

Der als Nachfolger von **Andres** im REP-Landesvorsitz ins Auge gefaßte **Carsten Pagel** ist derzeit Pressesprecher der Berliner REP und Mitglied des Abgeordnetenhauses und war bis September 1987 Vorsitzender der Jungen Union im Berliner Bezirk Tiergarten. Er stolperte als verantwortlicher Herausgeber über einen Schülerzeitungsartikel, in dem der Wehrmachtsflieger Rudel als „Adler der Ostfront“ im Kampf gegen die „anstürmenden Sowjethorden“ glorifiziert wurde. Im September 1987 versuchte Pagel seine JU-Mehrheit auf einer Delegiertenversammlung des Kreises mit Saalschützern zu sichern, zu denen bereits Mitglieder der REP gehörten. Nur

einen Monat später, nach seinem Ausschluß aus der JU, war der 26jährige REP-Kreisvorsitzender in Tiergarten (vgl. Die Welt, 31. 1. 1989; Frankfurter Rundschau, 2. 2. 1989).

Zu den fragwürdigen Personen bei den Berliner REP gehört auch **Rudolf Kendzia**, Parlamentarischer Geschäftsführer der REP-Fraktion und ein Mann mit rechtsextremer Vergangenheit: 1959 trat er von der Deutschen Partei zur Deutschen Reichspartei über. 1966 ging er zur NPD und war dort Berliner Vorsitzender von 1967 bis 1969. Er mußte von seinem NPD-Amt zurücktreten, weil gegen ihn ein Verfahren wegen Unfallflucht, Körperverletzung und Trunkenheit am Steuer anhängig war. Derzeit fungiert er auch als Landesgeschäftsführer der Berliner REP (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 3. 2. 1989; taz, 20. 2. 1989; Express, 2. 2. 1989). Für die Fraktion hat er einen ehemaligen NPD-Weggefährten eingestellt, der für die REP Bürgersprechstunden abhält. Als „rechte Hand“ Kendzias fungiert inzwischen der mehrfach wegen Trunkenheit und Körperverletzung vorbestrafte und deswegen aus dem Polizeidienst gefeuerte **Heinz Gehring** (vgl. taz, 12. 5. 1989).

Als ob nicht schon im REP-Landesverband genügend Konflikte bestünden, bekriegen sich die Parteimitglieder auch im REP-Kreisverband Berlin-Kreuzberg gegenseitig. Dem dortigen Vorsitzenden **Fisch** wird von Parteimitgliedern vorgeworfen, er sei satzungswidrig an seinen Vorstandsposten gekommen. Dem Bezirks-Abgeordneten **Göllner** wird von Parteimitgliedern angelastet, daß er die Aufnahme bekannter Neonazis fördere; zudem steht er wegen „Ämterpatronage“ und „undurchsichtigen Finanzmachenschaften“ bei seinen Parteil Freunden unter Beschuß (vgl. taz, 24. 4. 1989).

Das offensichtlich gestörte Rechtsbewußtsein verschiedener REP-Politiker wird an einem weiteren Beispiel deutlich: Vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus strahlte der Sender Freies Berlin einen ausländerfeindlichen Wahlspot der REP aus, in dem Bilder spielender türkischer Kinder und eines türkischen Hochzeitszuges mit der Filmmelodie „Spiel mir das Lied vom Tod“ des italienischen Komponisten Ennio Morricone unterlegt wurden. Inzwischen wurde bekannt, daß die REP das genannte Musikstück widerrechtlich verwendet haben. Nach Angaben der BMG Ariola GmbH in München, die über die Schallplattenrechte an der im Werbespot gespielten Originalversion verfügt, hat die Partei sich nicht, wie das juristisch korrekt gewesen wäre, bei der Firma um die Nachspielerelaubnis bemüht (vgl. Der Tagesspiegel, 18. 2. 1989).

Quellenangaben

Neben den jeweils an den betreffenden Stellen erwähnten Zeitungen, Zeitschriften und Flugblättern etc. wurden in der vorliegenden Dokumentation folgende Quellen verwendet:

a) Programme und Reden

- „Programm der Republikaner“, ohne Jahresangabe (verabschiedet 1987)
- „Deutsche Interessen haben Vorrang — Die Dinkelsbühler Erklärung der Republikaner zur Europawahl“, ohne Jahresangabe (verabschiedet 1988)
- F. Schönhuber: Rede in Bonn-Bad Godesberg, 5. April 1989 (zitiert als Schönhuber-Rede 1)
- F. Schönhuber: Rede auf dem Bundes-Delegierten-Parteitag der REP, Dinkelsbühl, 3. Dezember 1988 (zitiert als Schönhuber-Rede 2)
- F. Schönhuber: Rede auf dem Bundesparteitag der REP, Hambach, 17./18. Juni 1988 (zitiert als Schönhuber-Rede 3)
- F. Schönhuber: Rede in Cham, 8. Februar 1989 (zitiert als Schönhuber-Rede 4)
- H. Neubauer: Rede auf dem Bundesparteitag der REP, Hambach, 17./18. Juni 1988

b) Bücher

- F. Schönhuber: Ich war dabei; München (Langen-Müller), 11. Auflage 1988
- F. Schönhuber: Trotz allem Deutschland; München (Langen-Müller), 1987